Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

[illegible]

Nr. 250. Freitag, den 26. Oktober 1906. 17. Jahrgang

Der Eid eines katholischen Pfarrers.

Die Zeitungen melden:

1. Der katholische Pfarrer Michael Gaisert zu Gündelwangen wurde wegen versuchter Verleitung zum Meineid zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

2. Pfarrer Gaisert erklärte bei der Vernehmung: man könne auch unter Eid eine ausweichende Antwort geben, wenn man nur nichts Positives falsch beschwöre.

3. Professor Mayer (Professor der Moraltheologie) als Sachverständiger) bekundet, daß alte Moralwerke aus der Inquisitionszeit die Mentalrestriktion (geistigen Vorbehalt) beim Eide dann gestattet hätten, wenn der Richter nicht in gesetzmäßiger Weise seine Funktion ausübe. Diese Werke seien aber heute gegenstandslos, bei unseren Eiden sei eine Mentalrestriktion völlig ausgeschlossen.

4. Der zu Zuchthaus verurteilte Pfarrer Gaisert übt nach wie vor seine Seelsorgetätigkeit in Gündelwangen aus.

5. Die Zentrumspartei in Bonndorf (Schwarzwald) erläßt eine Sympathiekundgebung für den zu Zuchthaus verurteilten Pfarrer Gaisert.

Hierüber stellt Genosse Dr. Ernst Thesing in unserem Magdeburger Bruderblatt folgende Betrachtungen an: Diese Nachrichten rufen den vor einigen Jahren entbrannten Streit über die Moraltheologie des heiligen Alphonsus von Liguori und über ihre Geltung in der katholischen Kirche aufs neue ins Gedächtnis. Vor mir liegen zwei Streitschriften aus jener Zeit: 1. Auszüge aus der von den Päpsten Gregor 16., Pius 9. und Leo 13. als Norm für die römische Kirche sanktionierten Moraltheologie des heiligen Dr. Alphonsus Maria de Liguori und die furchtbare Gefahr dieser Moraltheologie für die Sittlichkeit der Völker von Robert Graßmann, 331. bis 333. Tausend, und zwar die nach den handschriftlichen Notizen des Verfassers und dem Erkenntnis des Nürnberger Landgerichts vom 16. März 1901 von Dr. H. Graßmann-Stettin umgearbeitete Ausgabe (Stettin 1903) und 2. Verteidigung der Moraltheologie des heiligen Alphonsus von Liguori gegen die Angriffe Robert Graßmanns von Prinz Max, Herzog von Sachsen, Dr. theol. et jur. utr., mit oberhirtlicher Druckerlaubnis, 7. Auflage, Nürnberg 1901.

Prinz Max erklärt im 1. Abschnitt seiner Streitschrift zur Widerlegung einer angeblichen Behauptung Graßmanns: „des heiligen Alphonsus Moraltheologie sei allen Geistlichen als Norm vorgeschrieben" wörtlich folgendes:

„Wenn die Päpste die Moraltheologie des hl. Alphons eine Norm genannt haben, so haben sie dieselbe nur in dem Sinne als Norm bezeichnet, daß man ihr in allem folgen dürfe, aber durchaus nicht, daß man ihr folgen müsse!

Durch authentisches („mit oberhirtlicher Druckerlaubnis") kirchliches Zeugnis ist also das eine sichergestellt, daß den Meinungen der Liguorischen Moraltheologie „in allen Stücken" wenigstens gefolgt werden darf!"

Hören wir nach dieser Vorausschickung, was denn der heilige Alphonsus über den Eid zu sagen weiß! Robert Graßmanns Schrift gibt darüber unter Beifügung des lateinischen Originaltextes in folgender Uebersetzung Auskunft:

„Schwören mit einem mehrdeutigen Wort ist keine Sünde, wenn ein triftiger Grund vorliegt, und die Mehrdeutigkeit selbst freisteht, weil, wo ein Recht ist, die Wahrheit zu verheimlichen und sie ohne Lüge verheimlicht werden mag, keine Verletzung des Eides geschieht.

Die Mehrdeutigkeit kann dreifacher Art sein: 1. wenn das Wort einen doppelten Sinn hat, zum Beispiel volo bedeutet „ich will" und „ich fliege"; 2. wenn der Satz doppelten Sinn hat, zum Beispiel „das Buch ist von Peter" kann bezeichnen: es gehört dem Peter oder Peter ist sein Verfasser; 3 wenn das Wort einen zwiefachen Sinn hat, einen gewöhnlichen oder einen anderen ungewöhnlicheren, einen buchstäblichen und einen anderen geistigen Sinn. So kann jemand, der über etwas gefragt wird, was zu verheimlichen dienlich ist, antworten: „Ich sage nein. Hier kann das den Sinn haben: ich spreche das Wort „nein" aus oder: ich verneine die Frage.

Sicher ist es und allgemein angenommen, daß aus triftigem Grunde es gestattet ist, sich der Mehrdeutigkeit in auseinandergesetzter Weise zu bedienen und sie auch durch den Eidschwur zu bekräftigen. Der Grund ist, weil dann nicht wir den Nächsten täuschen, sondern aus triftiger Ursache es zulassen, daß er sich täuscht. Ein triftiger Grund aber kann jedes anständige Bestreben auf Erhaltung geistiger oder körperlicher Güter sein.

Ob der Eidschwur, wenn man sich der Mehrdeutigkeit oder des geistigen Vorbehalts hierbei ohne triftigen Grund bedient, eine Todsünde sei? Es bejahen dies Viva u. a., aber mit Unrecht."

Des weiteren rechtfertigt Liguori den falschen Eid durch die „restricto non pute mentalis" (den nicht bloß geistigen Vorbehalt) mit folgenden Worten:

„Der geistige Vorbehalt ist „bloß geistig", wenn er von anderen gar nicht erfaßt werden kann, oder „nicht bloß geistig", wenn der Vorbehalt aus den sich anfügenden Umständen erkannt werden kann. Der „bloß geistige" Vorbehalt ist niemals erlaubt, wie auch der Eidschwur, nicht auf Grund eines solchen. Umgekehrt ist es aber aus triftigem Grunde gestattet, sich des „nicht bloß geistigen" Vorbehalts zu bedienen, auch mit einem Eidschwur, wenn dieser (der nicht bloß geistige Vorbehalt) aus den Umständen erkannt werden kann."

Einige Worte des Thomas von Aquino, auf die sich Liguori beruft, geben fast noch klarer die gemeinte Situation:

„Ein anderes ist es, die Wahrheit zu verschweigen, ein anderes, das Falsche zu behaupten. Es ist nicht erlaubt, eine Lüge zu sagen, um einen anderen aus einer Gefahr zu befreien, jedoch ist es erlaubt, die Wahrheit klug zu verbergen unter irgend einer Form der Maskierung des wahren Sachverhalts."

Es handelt sich hier und in der zu Anfang unter 3 gegebenen Bekundung Gaiserts um eine Anwendung des sogenannten „Probabilismus' auf den gerichtlichen Eid. Nach dieser Lehre gilt es als zulässig, in Fällen, wo das Gewissen nicht klar und eindeutig entscheidet, die Meinungen der verschiedenen Moraltheologen zu Rate zu ziehen und sich unter diesen „probablen" Meinungen die der Freiheit günstigste auszusuchen. Diesen Ausführungen vermag Prinz Max trotz allen Eiferns nicht Wesen-Aenderndes entgegenzusetzen. Er sagt:

„Der sogenannte Probabilismus oder Aequiprobabilismus findet überhaupt gar keine Anwendung auf den Fall eines praktischen Zweifels im Gewissen, sondern nur auf den theoretischen Fall eines zweifelhaften oder nicht genügend verkündeten Gesetzes. In diesem letzteren Falle kann der Mensch, so lehrt der Probabilismus, wenn gute und stichhaltige (?) Gründe für das Nichtbestehen des Gesetzes da sind (alsdann sagt man, es ist probable Meinung oder es ist probabel, daß hier kein Gesetz besteht), der der Freiheit günstigen Meinung folgen, falls er sich in seinem Gewissen davon überzeugen kann, daß diese Meinung wirklich stichhaltig ist. (Der Aequiprobabilismus dagegen verlangt, daß eben oder fast ebenso gewichtige Gründe für das Nichtbestehen eines Gesetzes als für das Bestehen desselben sprechen müssen, damit der Mensch der der Freiheit günstigen Ansicht folgen dürfe.) Kann er sich von der Stichhaltigkeit dieser Meinung nicht überzeugen, so muß er trotz aller Probabilität und aller noch so gewichtiger Autoren seinem Gewissen folgen."

Aber — sollte die Beruhigung des Gewissens bezüglich der Stichhaltigkeit einer bequemeren Meinung einem echten Gliede der Kirche so schwer fallen, wenn es tatsächliche oder vermeintliche Interessen dieser Kirche zu verteidigen gilt? In allen solchen, einzig in Betracht kommenden Situationen wird darum der Fall des praktischen Zweifels im Gewissen ziemlich ausgeschlossen sein. Pfarrer Gaisert, der es unternommen hatte, wichtige Zeugen seiner politisch nicht ganz einwandfreien Tätigkeit zum probablen Eide zu veranlassen — wurde in gänzlicher Verkennung seines erhabenen Nützlichkeitsstandpunktes zu einjährigem Zuchthaus verurteilt! Pfarrer Gaisert, der Zuchthäusler, aber amtiert weiter als geistlicher Hirte!

Zwar das Urteil ist noch nicht rechtskräftig geworden, die Revision ist eingelegt! Aber gesetzt den Fall, es würde rechtskräftig, würde vollstreckt, und Pfarrer Gaisert kehrte nach einjähriger Abwesenheit aus unfreiwilligem Ferienaufenthalt zurück — — aus welchem Grunde sollte das Bild ein anderes werden? Aus welchem Grunde in aller Welt sollte Herr Pfarrer Gaisert nicht wieder in sein altes oder irgend ein ähnliches, gleich ehrenvolles und einflußreiches Kirchenamt wieder einrücken? Hat er sich doch keiner hart zu beurteilenden Verfehlung schuldig gemacht, kein kirchliches Interesse verletzt (im Gegenteil!), keine sittliche Einbuße in kirchenmoralischem Sinne erlitten. Welches Bedenken sollte ihn also von seiner so fruchtbaren Tätigkeit abhalten?

Damit ist aber eine der wesentlichsten Strafabsichten des Staates völlig illusorisch gemacht. Der Staat schützt die Autorität seines Eides mit besonderen Waffen: Außer den Schrecken eines verschärften Gefängnisses drohen die ärgeren Schrecken bürgerlicher, gesellschaftlicher Deklassie-

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

37] [Nachdruck verboten.]

Das Wirtshaus wurde belagert; neugierige Gesichter drückten sich an die Fenster, denn drinnen saßen ja die Herren und hielten Rat. Und da war auch der Taler zu sehen. Wie der nur ausschauen mochte?! Hier und da machte sich eine eine Ausrede; zum Beispiel die Tina, die ging keck herein und kaufte für einen Groschen „Klümpcher" *), aber es half ihr nichts, der Krumscheid war ganz verstört und hatte kein Ohr für ihre Fragen, und niemand von den Herren rief sie an den Tisch, so sehr sie auch hinschielte. Sie kriegte den Taler nicht zu sehen.

Der Schmitz führte das Hauptwort. Zu seiner Zeit hatte in Köln einmal ein Falschmünzerprozeß gespielt, den gab er nun mit allen Einzelheiten zum besten. Eine ganze Bande war's gewesen, zehn Mann hoch, mit so und so viel Helfershelfern; was ähnliches würde wohl auch hier dahinter stecken.

Immer martialischer wurde das Gesicht des Gendarmen, er drehte den Schnurrbart auf, daß ihm die Spitzen fast in die Augen stachen, und fühlte verstohlen nach dem sechsläufigen Revolver, den er unter der Uniform auf der Brust trug. „Im Namen des Gesetzes" — ha, wie sie zitterten!

Darin waren sich fast alle einig, ein Eifeler konnte der Missetäter nicht sein. Der Pfarrer sprach warm für die seiner Kirche anvertrauten Schafe. Nun war er hier schon dreißig Jahre im Amt, nie, nie war etwas Böses vorgefallen; er hätte es doch erfahren müssen durch die Beichte.

Schmitz, als geborener Eifeler, war ganz seiner Ansicht. Ja, draußen waren sie alle raffiniert, aber hier?! „Ne", sagte er, „hier sind se zu ehrlich!"

Der Gendarm nickte dazu: „Und viel zu dämlich!"

Nur das Hausiererchen sagte kein Wort zur Entlastung der Einheimischen.

Er stöhnte und jammerte, am meisten darüber, daß der Gendarm den Taler eingezogen hatte, um ihn seinem Vorgesetzten, dem Obergendarmen zu Wittlich, abzuliefern. „Jeß, Jeß", klagte er, „duh sein ech vom Räsen unner de Trauf gekomm! Hähr Scha— Schan—darm — ech will mein Daler re—redur!" Er lallte schon, sie hatten ihm zum Trost wacker eingeschenkt.

Heute brannten die Lichter in den Häusern länger denn je, nur Pittchens Hütte lag still und finster.

Spät in der Abenddämmerung kam Zeih in's Dorf geschlichen; Tannennadeln hafteten ihr im Haar, und am Kleid klebte ihr Waldmoos. Ungesehen hoffte sie ihre Hütte zu erreichen, aber schon wurde sie angehalten. „Hatt Ihr't gehört? Hatt Ihr't gehört vom falschen Dahler?"

Mit Ungestüm platzte sie daheim in die Stube, wo Pittchen quer über'm Bett lag, die Augen starr gegen den Deckbalken gerichtet. Er hatte eben den Rausch der vorigen Nacht ausgeschlafen, nach der Frühmesse war er erst heimgekommen; nun schmerzte ihn der Schädel noch. Stumpfsinnig brütete er. Als er seine Frau erkannte, schnauzte er sie an: „Wu haste dech widder erumgedriewen, dau —"

Sie achtete gar nicht darauf, gleich fuhr sie mit der Neuigkeit heraus: „Haste't gehört? Se haon en Dahler, en falschen Dahler gefunnen! Se sein dem Kerl als uf der Spur." In grausenvollem Entzücken schlug sie die Hände zusammen: „Dän hänken se uf, wann se dän kriehn! Pittchen, wat saoste nau?"

Keine Antwort.

Sie beugte sich über ihn — schlief er schon wieder? „Pittchen, en falschen Dahler! Denk ehs! Hörste dann net?" Sie packte ihn am Arm.

„Ech hören." Ihre Hand zurückstoßend, richtete er sich mühsam ein wenig auf, seine Stimme klang heiser.

„Nä, datste dech aach e su wenig indereffierst", sagte sie ordentlich beleidigt, „e su ebbes passiert doch net alle Dag! Denk ehs, wann se dän kriehn, dän —"

„Wän es et dann?" Sich auf den aufgestemmten Ellbogen stützend, sah er sie stier an.

„Huh", kreischte sie lachend, „maachst dau en Visasch! Elwei könnt mer sech jao graulen!"

„Wän es et — wat saon se?" stieß er hervor. Seine Lippen zitterten, seine Hände auch.

Sie zuckte die Achseln. „Dat waoß ech net. Aewer waart", — sie ergriff gern eine Gelegenheit, wieder fortzukommen — „ech giehn noch ehs on hören mech om!" Schon war sie zur Tür hinaus.

Allein!

Er stöhnte auf in verzweifelter Wut. Mit einem Satz war er aus dem Bett und nebenan in der Kammer. Mit angstvoll prüfendem, scheuem Blick sah er sich um — nichts zu entdecken! Friedlich lag sein Handwerkszeug auf dem Tisch, das niedrige Oefchen stand an der Wand, der Schemel daneben. Sonst alles leer.

Erleichtert atmete er auf. Aber da, da in der Ecke, wo Lehm und Steine, von der bröckligen Mauer herabgefallen, einen Schutthaufen bildeten — ?!

Stechend bohrte sich sein Blick dort ein. Und dann räumte er in fiebernder Hast den Schutt in eine andere Ecke, riß von der Wand noch mehr darauf herunter und ließ den schmutzigen Estrich der ersten Stelle unbedeckt. So war nichts verdächtig.

Draußen ging jemand in einiger Entfernung vorüber, dumpf hallten die Schritte. Was, was, paßten sie ihm gar schon auf?! Blitzschnell löschte er das Licht.

Mit angehaltenem Atem schlich er im Dunkeln aus der Kammer in die Stube zurück, und aus der Stube an die Haustür. Vorsichtig öffnete er sie spaltbreit und lauschte nach dem Dorf hinunter. Flimmernde Lichter und Hundegebell, verworrene Stimmen und Rufen und Lachen.

Blätter säuselten im Nachtwind, durch das Gras huschte etwas — er schreckte zusammen. Was war das?! Ach, nur eine Katze, die den geschmeidigen Leib über den taufeuchten Rasen zog und sich, leise raschelnd, unter'm nächsten Zaun verkroch.

Mit bebenden Fingern strich Pittchen das wirre Haar aus der Stirn; dann stahl er sich, gewandt wie die Katze, im Schutz der Hecken zum Dorf hinunter und, jeden Lichtstreif, der aus den Fenstern fiel, vermeidend, schlich er lauschend um die Häuser.

XIII.

Das Kreisblatt zu Wittlich hatte eine Warnung erlassen, und die genaue Beschreibung des falschen Talers stand dazu gedruckt; auch im Dauner Kreisblatt war's zu lesen.

Ein panischer Schrecken hatte die Bevölkerung ergriffen, manch Bäuerlein rannte nach der Wittlicher Sparkasse und ließ von den Sachverständigen daselbst seine paar Tälerchen prüfen. Sonst hatte man der Sparkasse nicht viel Vertrauen geschenkt; da schienen doch die Taler viel sicherer daheim im Kasten, warm unter'm Bett, oder im Strumpf zu unterst in der Lade.

Auch der Krumscheid begab sich nach Wittlich und borgte extra dazu das Chaischen vom Pauly zu Oberkail; den Sparkasten stellte er neben sich, sorgsam mit einen Decke verhüllt. Als er durch den dunklen Wald fuhr, setzte er sich darauf.

Ein geschlagener Mann kam er heim — elf von seinen Taler waren falsch! Die hatten sie gleich dabehalten zu Wittlich und hatten ihn ausgefragt, [illegible] der Verstand knackte; er dachte nach und dachte wieder nach, aber wie sollte er's noch wissen, von wem er die Taler bekommen?! Und der Ober-Gendarm, mit dem — weiß Gott! — nicht zu spaßen war, hatte ihn zum Stillschweigen verpflichtet, unter der Drohung, ihn sonst in Untersuchungshaft zu nehmen. Das war das bitterste, nicht einmal erzählen durfte er's!

Und noch mehr falsche Taler tauchten auf, hier und da. In Hupperath und [illegible], in [illegible]kall und Spang-Dahlem, in Manderscheid und Bettenfeld, in Oberöfflingen und Niederöfflingen, in Stadtfeld und Daun; die ganze Gegend war verseucht.

(Fortsetzung folgt.)

*) Bonbons.

rung! Die katholische Kirche, die katholische Gemeinde — auf demselben Meinungsboden mit dem Verurteilten stehend — hebt in stillschweigender oder ausdrücklicher Ignorierung des Staatswillens einen wesentlichen, ja den wesentlichsten Teil der staatlichen Strafe einfach auf! Der dumme Staat!

Herr Pfarrer Gaisert ist kein Bescholtener — wie der Staat will —, sondern der Märtyrer einer guten Sache, des unvermeidlichen Kampfes eben mit diesem Staate und seinen tollen Institutionen geworden. Und wenn auch unterlegen einer brutalen Uebermacht, das sittliche Recht ist auf seiner Seite geblieben, und überall, wo ultramontan die Herzen schlagen, ist Pfarrer Gaisert ein Ehrenmann, vielleicht ein Held!

Mit verblüffender Deutlichkeit hat der Prozeß Gaisert das oft von ultramontaner Seite bestrittene Fortwirken Liguorischer Moralanschauungen in katholischen klerikalen und Laienkreisen bewiesen. Pfarrer Gaisert selbst, seine Gemeinde, seine Kirchenbehörde stehen unter ihrem Einfluß. Und wenn Professor Mayer als Sachverständiger die Zulässigkeit der Mentalrestriktion beim Eid im katholischen Moralbewußtsein der Gegenwart leugnet, so bezieht sich seine Aussage allem Anschein nach nur auf die „restricto pure mentalis", die bereits Liguori als unzulässig ablehnt, läßt aber nicht mit genügender Deutlichkeit erkennen, wie der Herr Sachverständige und wie die katholische Moral über die restricto non mentalis, auf die allein es hier ankommt, denken mögen.

Staatsanwälte haben den Grundsatz ausgesprochen, daß sozialdemokratische Zeugnisse in Prozessen gegen Sozialdemokraten von vornherein als des Meineides verdächtig erscheinen müssen. Diese Behauptung, nur dazu gemacht, um sozialdemokratischen Zeugenaussagen durch Aussetzung der Vereidigung ihr Vollgewicht zu rauben, vermag sich aber weder auf praktische Erfahrungen noch auf irgend eine sozialdemokratische „Lehre" zu berufen. Sofern wir konfessionslos sind, verwerfen wir allerdings den religiösen Eid als sinnlos; sofern wir Christen sind den Eid überhaupt als in direktem Widerspruch zu christlichen Grundanschauungen stehend, und als vernünftige und von Achtung vor der Menschenwürde erfüllte Menschen erklären wir nicht nur die eidliche, sondern eine jede Form des Zeugniszwanges für widersinnig und widersittlich — aber in keiner Weise und unter keinen Umständen lehren oder entschuldigen wir den Falscheid.

Hier aber sprechen Tatsachen und Lehren zugleich, aber nach anderer Richtung ein Urteil! Nicht Pfarrer Gaisert und nicht die um ihn waren, ihn bestimmten und schoben, sind die eigentlich Schuldigen. Hinter ihnen allen steht das System, die Kirche, die internationale Weltmacht des Ultramontanismus. Sie ist es, die die Menschen bindet, dem Staate gegenüber aber, der sie auch zu binden glaubte, freimacht. Rom als der heilige Zweck, dem alle Mittel, auch die bedenklichen, dienen müssen!

Das aber ergibt sich als Folgerung aus diesem Prozeß mit allen seinen Nebenerscheinungen als Quintessenz aus den Erwägungen, die er wachruft: Solange nicht gewichtigere Autoritäten der katholischen Christenheit als die des Moraltheologen Professor Mayer, solange nicht Rom selbst die Zulässigkeit des probablen Eides, die Geltung wesentlicher Teile der „als Norm sanktionierten" Liguorischen Morallehre ausdrücklich verwirft, solange muß, wo kirchliche, ultramontane Interessen auf dem Spiele stehen, den Zeugnissen ultramontaner Parteigänger die Glaubwürdigkeit bestritten werden.

* * *

Dieser Artikel war bereits im Druck, als aus Freiburg folgende Meldung bei uns einlief: Der Minister hat endlich verfügt, daß Pfarrer Gaisert abgesetzt werde. Verhaftet wird er aber immer noch nicht.

Politische Uebersicht.

Ueber den Freisinn im Wahlkampfe

macht unser Chemnitzer Bruderblatt anläßlich der Reichstagswahl in Döbeln-Roßwein folgende auch anderwärts interessierende Angaben:

„Unsere Partei hat in den letzten Jahren schärfer als früher ihren revolutionären Charakter betont. Das ist den Spießern immer wieder und wieder von unseren Gegnern vorgehalten worden. Große Lohnkämpfe im Kreise haben das Kleinbürgertum gegen die Arbeiterschaft erbittert. Und da kam nun der Freisinn, wetterte gegen die Reaktion, die hohen Fleischpreise, die neuen Steuern, just fast so wie ein Sozialdemokrat und war doch nebenbei so voller Wohlwollen für das Bürgertum, wußte so herzhaft auf die wüste, verhetzende Sozialdemokratie zu schimpfen. Der Hasse war ihnen freilich zu reaktionär, Pinkau aber zu rot, da war der Freisinn einmal ein willkommenes Mittelding."

Und an anderer Stelle:

Dann, als dritte im Bunde, erschien Sr. Majestät allergetreueste Opposition auf dem Kampfplatze. Dem scheinradikalen Apostel des Vogtlandes, Herrn Günther, hatte es keine Ruhe gelassen, er sah sich veranlaßt, aufzubrechen und das zerfetzte und vermoderte Banner des Liberalismus im 10. Wahlkreise zu entfalten. Die Freisinnigen hofften selbst in eine Stichwahl zu kommen. Sie haben sich gründlich getäuscht. Freilich mit einem bedeutenden Stimmenzuwachs flogen sie samt dem reaktionären Mischmasch in den Orkus. Die Wähler waren klug genug, sich nicht in Massen von diesem Scheinliberalismus ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Der freisinnige Ansturm galt vor allen Dingen der Sozialdemokratie. Unsere Reihen zu sprengen, war ihre Aufgabe. Ihre Flugblätter und Wahlaufrufe strotzten von Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie. Der Zukunftsstaat hatte es ihnen angetan. Fürchterlich wetterten und zeterten sie gegen eine Gesellschaftsordnung, deren Werdegang und Vorbedingungen sie nicht zu fassen vermögen. Manchem kleinbürgerlichen Wähler, der sich dem politischen Getriebe fernhält, wird öfter als einmal die Gänsehaut überlaufen sein, wenn er den Rektor aller Deutschen, Kopsch aus Berlin, zetern hörte, was die Sozialdemokratie doch für eine fürchterliche Gesellschaft sei. Das Banner des Liberalismus wird wieder leuchten, sagte Herr Bek triumphierend, und nun? Es haben sich zwar die Stimmen vermehrt, aber es ist eine Zufälligkeitserscheinung, die hauptsächlich in der Kandidatur des Reaktionärs Hasse begründet ist. Diese Wahl hat wieder bewiesen, daß der „Freisinn" in Sachsen keinen fruchtbaren Boden findet. Es ist nur ein Aufflackern,

nur in der sozialdemokratischen Partei ihre rechte und wahre Vertreterin sieht."

Die klägliche Rolle, die hier der Freisinn gespielt, wird ihm auch in späteren Wahlkämpfen nicht vergessen werden!

Eine Herausforderung.

Die Nachricht der „Deutschen Tageszeitung", daß kein anderer als Herr von Podbielski selbst berufen sei, im Reichstag vor dem Angesicht der Nationen die hohen Schweinepreise gegen die Erniedrigungsversuche der sozialdemokratischen Fraktion glorreich zu verteidigen, erregt sogar in der bürgerlichen Presse Rufe lauter Entrüstung. So schreibt das „Berliner Tageblatt":

Die „Deutsche Tageszeitung" läßt Herrn v. Podbielski in dem Hinweis auf den ominösen „Gesundheitszustand" noch eine Hintertüre offen. Diese Vorsicht dürfte sich auch als recht nötig erweisen. Denn selbst für den Fall, daß Herr v. Podbielski bis zum 13. November noch nicht „verduftet" ist, wird er schwerlich dem Reichstage noch einmal gegenüber zu treten wagen. Sein Erscheinen würde wahrscheinlich eine Szene provozieren, die selbst für einen Mann vortrefflichen „Gesundheitszustandes" etwas zu stark wäre.

Es wäre wahrhaftig der schlimmste Hohn auf alle öffentliche Moral, die aufreizendste Satire wider das herrschende System, wenn der Chef des Hauses Tippelskirch und Schweinezüchter von Dalmin, wirklich berufen sein sollte, als erster und in der wichtigen Frage der Fleischnot die Regierung gegenüber dem Reichstag zu repräsentieren. Wenn sich die Regierung eine solche Repräsentation leisten will, so mag sie es tun; der Reichstag aber würde sich selbst entwürdigen, wenn er sich einen solchen Mann gefallen ließe, dessen Anwesenheit und dessen Eingreifen in die Debatte die parlamentarische Verhandlung zu einer Farce erniedrigen muß.

Neue Steuern in Sicht!

Auf sehr kostspielige Mehrforderungen im Gebiete des Heerwesens wird man sich unter allen Umständen gefaßt machen müssen. Das kann man schon daraus sehen, daß die Finanzierung der Neuforderungen den leitenden Staatsmännern ungemein viel Schwierigkeiten macht. Auf die Konferenzen Stengels mit dem Reichskanzler in Homburg sind nunmehr in Berlin Besprechungen des Fürsten Bülow mit dem Schatzsekretär Freiherrn v. Stengel und dem preußischen Finanzminister von Rheinbaben gefolgt. Diese umständlichen Vorbereitungen lassen schon erkennen, was unserer harrt. Wir wollen, so führt die „Freis. Ztg." aus, hierauf schon jetzt in gebührender Weise aufmerksam machen und glauben nicht zu übertreiben, wenn wir annehmen, daß wir selbst vor neuen Steuern nicht gesichert sind. Die sogenannte Reichsfinanzreform, auf deren Zustandekommen ja besonders die nationalliberale Fraktion mit solcher Befriedigung zurückblickt, ist alles andere eher als eine „Reform". Gar bald wird sich herausstellen, daß mehrere von den neuen Steuern zwar Handel und Wandel und Konsum stark belasten, aber für das Reich nur von geringer Ertragsfähigkeit sind. Das ist die Folge davon, daß die Mehrheit des Reichstags gerade die Steuerquellen aufzuschließen sich geweigert hat, die zugleich gerecht und ergiebig sein würden. Die schädlichen Konsequenzen werden sicher nicht ausbleiben.

Der „Sozialismus der dummen Kerle".

Ihre Stellung zum Antisemitismus haben die deutschen Reformparteiler auf dem Sonntag in Kassel abgehaltenen Parteitag wie folgt festgelegt:

Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden: Fernhaltung der Juden von allen Berufen, in denen ihre Betätigung wegen ihrer Eigenart für unsere Kulturentwickelung schädlich ist, insbesondere Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstande, vom Offizierstande und vom Berufe eines Lehrers an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden, Fernhaltung jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen für Kinder germanischen Stammes, Zulassung der Juden zu den Berufen des Rechtsanwalts oder Notars, des Arztes nur nach der Kopfzahl ihrer in Deutschland ansässigen Rassegenossen, Verhinderung der Aenderung jüdischer Familiennamen, Führung einer Statistik über die in Deutschland lebenden Personen jüdischen Stammes, Erlaß eines Schächtverbotes, wissenschaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorschriften.

Außerdem wurde in einem besonderen Programmsatze die „Reinhaltung des Blutes unseres Volkes durch Schließung der Grenzen gegen Angehörige nichtgermanischer Völker, insbesondere durch Verbot der Einwanderung von Juden und von slawischen wie italienischen Arbeitern gefordert. Kein Wunder deshalb, daß in den aufgeklärten Gegenden Deutschlands diese Politik der allerdümmsten Kerle keine Anhänger mehr findet.

Der rote Prinz hat es gewollt.

Zu dem Streit, ob Prinz Alexander von Hohenlohe mit der Herausgabe der Denkwürdigkeiten seines Vaters im gegenwärtigen Augenblick eine bestimmte politische Tendenz verfolgt hat, bringt die in Heilbronn erscheinende „Neckar-Zeitung" einen Beitrag, der beachtet werden muß. Sie behauptet:

„Daß bei der Veröffentlichung des vielumstrittenen Hohenlohewerkes allerdings die bösesten Stellen weggeblieben sind, aber nicht auf Veranlassung des Prinzen Alexander von Hohenlohe, auch nicht durch Prof. Dr. Curtius, den Präsidenten des Evangelischen Konsistoriums in Straßburg, sondern durch die Verlagsredaktion selbst. Mit anderen Worten: Prinz und Professor haben veröffentlichen wollen, was die Verlagsanstalt selbst im letzten Augenblick, obwohl es schon gesetzt war, noch zurückgehalten hat, weil diese Stelle aus dem Köcher gegen den Kaiser ihr doch zu gefährlich erschienen sind. Was wir hiermit feststellen, ist eine Tatsache, die wir verbürgen können. Prinz Hohenlohe hat in einem Gemisch von Gleichgültigkeit und von Frondeurgesinnung gehandelt."

Die nationalliberal schillernde „Neckar-Zeitung" würde eine solche Behauptung kaum mit so verblüffender Sicherheit aussprechen können, wenn sie nicht glaubte, sie beweisen zu können. Danach wäre also anzunehmen, daß der „rote Prinz" trotz allen bisherigen entgegengesetzten Versicherungen,

einen politischen Coup mit der augenblicklichen Herausgabe der Tagebuchblätter seines Vaters ausführen wollte.

Befremden muß aber das von der „Neckar-Zeitung" geschilderte Verhalten der „Deutschen Verlagsanstalt". Es ist gar kein annehmbarer Grund einzusehen, warum dieser Verlag durchaus päpstlicher zu sein bestrebt war als der Papst, warum der Aufsichtsrat und die Aktionäre dieses Unternehmens hätten hohenzollernfreundlicher erscheinen wollen als der im Staatsdienst stehende Sohn des dritten Reichskanzlers?

Indessen kann man die Beantwortung dieser Frage ja getrost den Beteiligten überlassen, die nach der Veröffentlichung der obigen Notiz dazu nicht länger werden schweigen können.

Polizeiliche Akteure im Pückler-Theater. Aus Berlin meldet uns ein Telegramm: Polizeilich aufgelöst wurde nach kurzer Dauer die gestern Abend vom Grafen Pückler nach „Arnshof" einberufene Volksversammlung. Nach beleidigenden Ausfällen gegen den preußischen Richterstand, aus Anlaß der jüngsten Gerichtsverhandlung gegen den Grafen, versuchte dieser die Person des Kaiser in den Kreis seiner Kritik zu ziehen. Als der Redner schwere Beleidigungen gegen den neuernannten Kolonialdirektor Dernburg hervorbrachte, verfiel die Versammlung der Auflösung!

Daß sich die Polizei immer wieder herbeiläßt, mit diesem Geisteskranken zu agieren, ist nachgerade mehr wie seltsam!

Wer regiert in Deutschland?

Die „Nordd. Allg. Ztg.", die vor 4 Tagen den Grubenherren mit dem Abfall aller öffentlichen Sympathien drohte, falls sie den Forderungen der Arbeiter nicht entgegenkämen und die Abneigung der Zechenverwaltung gegen Verhandlungen mit der Siebener-Kommission als „überwundenen Standpunkt" heftig tadelte, hat nun gar mit verblüffender Geschwindigkeit Hemd und Gesinnung gewechselt. Sie lobt jetzt den bergbaulichen Verein, weil er sich nun „gegen die Behandlung von Fragen, die das Arbeitsverhältnis einschließlich der Lohnbedingungen betreffen, in Gemeinschaft mit den berufenen Arbeiterorganisationen nicht mehr ablehnend verhält. Wer sind diese „berufenen Arbeiterorganisationen", die die „Nordd." nun plötzlich wieder entdeckt hat? Die famosen Arbeiterausschüsse, die durch die Berggesetznovelle vom Jahre 1905 eingeführt worden sind. Die Forderung, daß die Unternehmer mit den wirklichen freigeschaffenen Organisationen der Arbeiterschaft verhandeln sollen, wird völlig fallen gelassen.

Anschließend an diese eigenen Betrachtungen veröffentlicht das Regierungsblatt eine ihm zugegangene Darlegung: Man kann darüber zweifelhaft sein, ob diese Darlegung aus dem bergbaulichen Verein oder aus dem preußischen Handelsministerium stammt; unter Kameraden ist das ja auch ganz egal. Sicher ist nur, daß diese Darlegung, die von dem offiziösen Blatte durchaus sympathisch eingeleitet wird, mit jedem Satze das genaue Gegenteil dessen sagt, was die „Norddeutsche" in ihrer „Privatarbeit" vom letzten Sonnabend ausgeführt hatte.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung" hatte am Sonnabend ausgeführt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gegenwärtig unter dem Niveau des Jahres 1900 liege. Dagegen heißt es jetzt, es müsse mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Löhne schon infolge des Arbeitermangels im letzten Quartal dieses Jahres eine weitere erhebliche Steigerung über das Lohnniveau von 1900 erfahren werden. Wenn man annehme, daß die Kosten der Lebenshaltung seit 1900 um 10 Prozent oder mehr gestiegen seien, so würde die der Konjunktur folgende Aufwärtsregulierung der Gedinge annähernd einen Ausgleich in dieser Beziehung bringen.

Die Organisation ist also nichts mehr, das „freie Spiel der Kräfte" alles! Die „Nordd. Allgem. Ztg." hatte am Sonnabend weiter ausgeführt, daß der Anteil der Löhne am Werte der Gesamtproduktion gesunken sei. Dagegen heißt es jetzt, die Dividenden der meisten auf Aktien gegründeten Zechen des Ruhrreviers hätten den Stand von 1900 noch nicht erreicht; die Behauptung, daß die heutigen Löhne den Arbeitern einen angemessenen Anteil an den Vorteilen der Hochkonjunktur nicht gewährten, könne also nicht aufrecht erhalten werden.

Der Hinweis auf die Zunahme der Ueber- und Nebenschichten wird abgetan durch den Hinweis, daß „der Drang der Arbeiter, zu verdienen, eben stärker ist, als das Drängen der Arbeiterführer auf Beschränkung des Ueber- und Nebenschichtenwesens". An dieser Klaue erkennt man den Löwen. Der Drang der Arbeiter, zu verdienen, gehört zum ältesten Hausrat der Ausbeuterlogik. Auch die Näherin im Hinterhaus und das arbeitende Kind der thüringischen Spielzeugindustrie fühlt bekanntlich den unwiderstehlichen „Drang", achtzehn Stunden am Tage zu „verdienen" und nur Hetzer oder weltfremde Humanitätsdusler hegen den vermessenen Hang, so segensreiche Zustände zu ändern! Vermutlich weiß man auch in der Redaktion der „Nordd. Allgem. Zeitung", daß die Bergarbeiter nur deshalb Ueber- und Nebenschichten verfahren, weil sie in der normalen Arbeitszeit nicht genug verdienen, um davon leben zu können.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." macht sich nur lächerlich, wenn sie dieser Zuschrift einen pathetischen Schluß anhängt, in dem sie die Arbeiter zur „Mäßigung" und die Unternehmer zu „Wohlwollen" ermahnt, damit die Gefahr eines Streiks vermieden werde. Am Sonnabend hat sie ja selber ausgeführt, daß die Zeit des Patriarchalismus in der Industrie vorüber sei. Jetzt aber wieder appelliert sie an das patriarchalische Wohlwollen.

Herr Liman wird mit Neid zu dieser unerreichten Leistung des offiziösen Blattes emporblicken. An ihr gemessen, erscheint er in der Kunst nach rechts und links zu schreiben, als ein armer Stümper.

Inzwischen beschäftigen sich die Organe der Unternehmer und der Agrarier noch sehr angelegentlich mit der nunmehr glorreich niedergeschlagenen offiziösen Rebellion vom letzten Sonnabend. So wird der „Nationalzeitung" geschrieben:

In weiten Kreisen der Industrie und auch der Presse kann man sich noch immer nicht über den Artikel in der „Nordd. Allg. Z." beruhigen, der die Bewegung in den Bergwerksrevieren behandelte. Schon daß der Artikel die Verhandlung mit der Siebener-Kommission empfahl, anstatt daran zu denken, daß Arbeiterausschüsse auf gesetzlicher Grundlage existieren, die gerade deshalb ins Leben gerufen wurden, um den sozialdemokratischen Hetzern das Handwerk zu legen, mußte den Verdacht erwecken, daß es sich bei der „Nordd. Allg. Ztg." um einen rollenwidrigen Seitensprung gehandelt hat.

Vielleicht werden jetzt auch die schärfsten Scharfmacher die Genugtuung ausreichend finden, die ihnen das Regierungsblatt seitdem geleistet hat. Mehr kann schließlich auch der Bergbauverein von einer offiziösen Zeitung nicht verlangen, als daß sie sich zu seiner höheren Ehre öffentlich selber ohrfeigt, wie es in diesem Falle zum großen Nutzen der „alle Autorität unterwühlenden Umsturzpartei" geschehen ist.

Wie oben gequatscht wird. Ueber den Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe teilt aus dessen Botschafterzeit in Paris der Senator Freycinet einige Reminiszenzen mit. Er erzählt dabei; Als Minister des Auswärtigen verkehrte ich dienstlich und privat viel mit dem Fürsten Hohenlohe. Ich erinnere mich, ihn zuweilen wegen seiner Eigenheit, Schlagworte auf die Manschetten zu schreiben, geneckt zu haben. Einmal fragte ich ihn, ob er vor jedem wichtigen Besuche neue Wäsche anlege. „Nicht doch", erwiderte er, „für die wirklich

bedeutsamen Worte, die ich tagtäglich höre, genügt ein Paar Manschetten vollständig."

Stichwahl. Das Gesamtergebnis der Wahl im 18. hannoverschen Reichstagswahlkreise Stade-Bremervörde ist nach vorläufiger Feststellung folgendes: Reese (natlb.) 6594, Klaevemann (B. d. L.) 3425, Otto (Freis. Vp.) 3198, von Meding (Welfe) 1624, Ebert (Soz.-Dem.) 6211 Stimmen. Das bedeutet eine Zunahme von 250 Stimmen für unsere Partei. Es ist somit Stichwahl zwischen Reese und Ebert erforderlich.

Der Bürgermeister im Dienste der Kirche. Der Bürgermeister von Stettenhofen (Schwaben) fertigte ein Protokoll an, wonach die Gemeindeverwaltung einstimmig beschlossen habe, die Kosten eines Patroziniumsgottesdienstes in der dortigen Kirche auf die Gemeinde zu übernehmen. Außer dem Bürgermeister wußte aber in der Gemeindeverwaltung kein Mensch etwas von dem „Beschluß", das Protokoll war gefälscht. Wegen Vergehens im Amte erhielt der Bürgermeister vom Landgericht Augsburg 1 Monat Gefängnis.

Der Wahnsinn der Fahrkartensteuer. Im Eisenbahn-Direktionsbezirk Augsburg hat die neue Fahrkartensteuer im Monat August rund 5000 Mark eingebracht. Was aber die reine Einnahme an Fahrkarten betrifft, so ist diese gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um die Höhe der Steuer zurückgeblieben.

Oben hungert man ja nicht. Wie auf Erkundigung an zuständiger Stelle einem Mitarbeiter der „Straßburger Post" erklärt wurde, könne von irgend welchen bestimmten Beschlüssen betreffs Milderung der Grenzabsperrung oder sonstiger Maßregeln noch keine Rede sein.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen die vermeintlichen russischen Bombenfabrikanten aus der Sachsenstraße in Hamburg ist jetzt nach der Beendigung der Voruntersuchung von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden. Nach den bisherigen Feststellungen waren die drei Verhafteten Favao', Lserben und Skulte [illegible] finnischen Arbeiterpartei und wurden als solche von der deutschen Sozialdemokratie unterstützt. Sie gaben bei der polizeilichen Anmeldung, indem sie falsche Pässe vorzeigten, falsche Namen an. — In Baden ist der Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues in Karlsruhe, Max Honsell, als Nachfolger Beckers zum badischen Finanzminister ernannt worden. Damit ist zum ersten Mal in Baden ein Techniker auf den Posten eines verantwortlichen Ministers berufen. — Die Danziger Stadtverordneten-Versammlung beschloß den Magistrat zu ersuchen, er möge zur Linderung der Fleischnot an den zuständigen Stellen wegen Oeffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr vorstellig werden. — Die Kölner Handelskammer wiederholt den dringenden Wunsch an die Staatsregierung, schleunigst für eine Sicherung der Volksernährung durch eine Milderung der Einfuhrbestimmungen und eine Einfuhr von frischem und gefrorenem Fleisch zu sorgen. — Eine französische Handelsmission unter Leitung von Auguste Kozis ist am 25. September von Dschibuti nach Abessinien abgereist. Der Gouverneur der Stadt Alto Negato hat sie nach Harrar begleitet, von wo sie in einigen Tagen nach Adis Abeba aufgebrochen ist.

Ausland.

Ueber das neue französische Ministerium, dessen Zustandekommen wir gestern kurz gemeldet, dürfte folgendes von allgemeinem Interesse sein: Der Minister des Auswärtigen Pichon ist ein unbedingter Parteigänger Clemenceaus, der in dessen Redaktionsstube, in der „Justice", als Parlamentsberichterstatter seine Laufbahn begonnen hat. Pichons Eintritt in das Ministerium verschärft die Besorgnisse, die Jaures daran knüpft, daß Clemenceau auf den Gang der äußeren Politik Einfluß gewinnen möchte. Er hat sich schon als Deputierter mit allerhand Treibereien gegen den Dreibund eifrig befaßt.

Die stärkste Note bringt in das neue Kabinett der Kriegsminister Picquart. Daß dieser Mann, den Jahre hindurch der Haß umheulte, der als der treue Anwalt und Retter Dreyfus' in sein Schicksal verwickelt, vom Verdacht des Verrates umgeben, seiner militärischen Würde entkleidet und wegen Preisgebung militärischer Geheimnisse ins Gefängnis geworfen war, jetzt die oberste Stelle in der französischen Armee bekleidet, wirkt wie eine Schicksalsfügung ausgleichender Gerechtigkeit. Politisch aber bedeutet die Ernennung dieses Mannes, der die ganze reaktionäre Meute gegen sich hat, die stärkste Bürgschaft einer ehrlich radikalen Politik. Sein strenges und aufrechtes Wesen schließt die kleinlichen Künste der Intrigue und des Transigierens aus. Als militärischer Fachmann hat Picquart selbst unter seinen Gegnern einen guten Ruf.

Viviani, der einmal in den Reihen der französischen Genossen stand und jetzt unabhängiger Sozialist ist, einer der glänzendsten Redner der Kammer, übernimmt das neue Ministerium der Arbeit und der Wohlfahrt. Daß dieses Amt seinem Namen Ehre mache und eine Aera großzügiger, redlicher sozialpolitischer Reformpolitik begründe, das dürfte für das künftige Schicksal des Ministeriums nicht zuletzt entscheidend sein. Der neue Finanzminister Caillaux gilt als ein leidenschaftlicher Verfechter der Einkommen- und Rentensteuer. Guyot-Dessaigne, der neue Justizminister, war schon Ende der Achtzigerjahre eine kurze Zeit (unter Floquet) Minister. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts sind aus dem Ministerium Sarrien herübergetreten.

Es stellt dieses neue Ministerium ein durchaus homogenes Kabinett dar, homogen in dem zweifachen Sinne, daß es sich durchaus aus entschiedenen Anhängern der Linken, Radikalen und Sozialisten zusammensetzt und daß seine wichtigsten Stellen persönlichen Freunden und Vertrauten Clemenceaus überantwortet sind. Nach einem Ministerium der „großen Männer" eines, das durchaus das Gepräge eines Mannes trägt. Und dieser eine Mann gehört zu den markantesten Persönlichkeiten der französischen Oeffentlichkeit; großer Ehrgeiz, eine kräftige Kampfnatur haben ihn Jahre hindurch in der Kammer eine glänzende Rolle spielen lassen. Seine Gefahren liegen dort, wo die Gefahren der Starken sind: in der Ueberhebung und in der Verlockung zu Abenteuern.

Dennoch ist ihm die Linie der Politik durch die Struktur der Kammer vorgeschrieben. Diese hat heute eine Mehrheit der Radikalen und Radikalsozialisten von 265 Mann, der sich die 20 unabhängigen Sozialisten anschließen. Doch werden einer Politik des entschiedenen Radikalismus auch die unitizierten Sozialisten nicht unfreundlich gegenüberstehen. Jaures schrieb am ersten Tage der Kabinettsbildung: „Herr Clemenceau verwirft den Kollektivismus; er hält ihn für utopisch oder wenigstens für verfrüht und er will der Zukunft die Lösung des sozialen Problems überlassen. Aber wenn er sich so einschränkt und über das radikalsozialistische Programm nicht hinausgehen will, so ist er doch wenigstens geholten, dieses Programm, und zwar das ganze Programm, vor allem in seinen wirtschaftlichen und sozialen Teilen, kräftig durchzuführen. Dieses Programm begreift: allgemeine und progressive Einkommensteuer, gesetzliche Festlegung des Arbeitstages, Arbeiterversicherung mit beträchtlichen Staatsbeiträgen, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke. Dahinter zurückzubleiben, wäre für den Radikalsozialismus eine Abdankung oder ein Bankerott. Es wäre auch eine Unklugheit, denn nur eine klare Politik ist heute noch möglich. Ich wiederhole, was ich seit den Wahlen stets gesagt habe: Es gibt im Parlament eine sichere Majorität nur für eine radikalsozialistische Politik. Eine Regierung, die den Mut hat, dies einzusehen, und Willen genug besitzt, danach zu handeln, ist der Dauerhaftigkeit sicher. Der Chef einer solchen Regierung kann ein Werk vollbringen, das in unseren Augen zwar bloß eine Entwickelung und einen Uebergang bedeutet, das aber trotzdem ein großes Werk ist. Ich wünsche, daß Herr Clemenceau den Ehrgeiz hat, es durchzuführen ..."

* * *

Sozialistische Ministertätigkeit. Dem neugebildeten Arbeits-Ministerium, das der sozialistische Deputierte Viviani übernommen hat, werden die Abteilungen des öffentlichen Unterstützungswesens, Unterstützungs-Vereinigungen vom Ministerium des Innern, die Abteilungen für Arbeit, für Versicherungswesen und Sozialreform vom bisherigen Handelsministerium zugeteilt.

* * *

Schmuggel in Griechenland. Die griechische Kammer wird, wie man aus Athen berichtet, im Laufe der zweiten Novemberhälfte zu einer außerordentlichen Session zusammentreten. Die Regierung hat eine Reihe von Gesetzentwürfen bereit, darunter solche, die eine durchgreifende Reform des Finanzdienstes und eine wirksame Bekämpfung des Schmuggels bezwecken, der nachgerade eine Kalamität zu werden droht. Zu diesem Behufe soll der Zolldienst eine gründliche Reorganisation erfahren.

* * *

Lohnbewegung von Staatsbeamten. In zahlreichen Provinzstädten Oesterreichs haben am Sonntag Staatsbeamtenversammlungen stattgefunden, die den Zweck hatten, für die in Rücksicht auf die herrschende Teuerung nötig gewordene Besserung der Bezüge und Avancementsverhältnisse der Staatsbeamten zu demonstrieren. U. a. fanden solche Versammlungen in Graz, Lemberg und Brünn statt.

* * *

Tapferkeit englischer Frauen. Zehn Frauen, welche wegen „Ruhestörungen" im Unterhause verhaftet worden waren (sie hatten stürmisch Stimmrecht für die Frauen gefordert), erschienen anderntags vor dem Polizeigericht. Ihnen wurde auferlegt, entweder je fünf Pfund Sterling (100 Mark) als Sicherheit für ihr Wohlverhalten zu hinterlegen, oder mit zwei Monaten Gefängnis bestraft zu werden. Alle lehnten die Hinterlegung der Sicherheit ab und zogen die zwei Monate Gefängnishaft vor.

* * *

Italienische Skandale. Aus Mailand wird uns telegraphisch gemeldet: In Börsenkreisen erregt die Einleitung einer Strafuntersuchung gegen mehrere bekannte Börsenagenten und Advokaten und die Verhaftung mehrerer Angestellten wegen Erpressungsversuche gegen den Präsidenten der Perni-Gesellschaft großes Aufsehen.

* * *

Gegen die Klassenherrschaft wird das neue französische Ministerium mit aller Strenge vorgehen. Aus Paris wird uns darüber telegraphiert: Die „Libre Parol" behauptet, Clemenceau werde im Laufe des Monats eine Anzahl Verhaftungen von Bischöfen, Schriftstellern rc. vornehmen lassen, um darzutun, daß eine gegen die Republik gerichtete Verschwörung besteht. Die Einberufung des Staatsgerichtshofes soll der Durchführung des Separationsgesetzes die Wege öffnen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Oktober.

Achtung, Parteigenossen!

Alle Genossen, die am Stadtverordneten-Wahltage,

am Sonnabend, den 10. November,

bei der Wahlarbeit helfen wollen, werden ersucht, sich umgehend im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße Nr. 5, 2. Etage, zu melden.

Insbesondere werden

schreibgewandte Genossen

gebraucht, die als Listenführer usw. tätig sein müssen. Die Arbeit wird entschädigt.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Die Glasenapp-Neumann unter Anklage.

Das Breslauer Oberlandesgericht ist konsequent geblieben. Es hat in einem Prozeß gegen unsere Genossen Schlegel und Klühs entschieden, daß § 153 der Gewerbeordnung auch auf den Zwang anzuwenden ist, der auf den wirtschaftlichen Gegner ausgeübt wird; infolgedessen mußte es, nachdem das Gericht den Arbeitern gegenüber diese Auffassung vertreten hatte, nunmehr auch die Arbeitgeber in Anklagezustand versetzen, wenn es sich nicht den Vorwurf einer geradezu unverständigen Inkonsequenz und noch schlimmeres gefallen lassen wollte.

Daß die Auffassung des Oberlandesgerichts eine falsche ist, daß sie dem klaren Wortlaute und den deutlich zum Ausdruck gekommenen Absichten des Gesetzgebers nicht entspricht, der Ansicht sind wir auch heute noch. Nach unserer Auffassung würde eine Verurteilung der Glasenapp und Genossen auf der Grundlage des § 153 G.-O. zu Unrecht erfolgen; sie sind in dieser Beziehung unserer Ueberzeugung nach unschuldig.

Wenn trotzdem auf eine seinerzeit von unserem Genossen Klühs gegebene Anregung hin die Strafanzeige erfolgte, so geschah das eben, um zu zeigen, zu welchen Konsequenzen die vom Breslauer Oberlandesgericht und vom Reichsgericht beliebte Auslegung des § 153 führen muß.

Entweder erfolgt eine Freisprechung, dann aber werden wir darauf hinweisen können, daß allen Arbeitern, die unter gleichen Umständen verurteilt wurden, ein Unrecht geschehen ist, oder aber die Herren Glasenapp und Neumann wandern ins Gefängnis. Dann aber wird man auf seiten der Unternehmer sich künftig doch die Sache besser überlegen, ehe man mit Aussperrungs-Androhungen vorgeht. Jedenfalls aber wird das Verfahren gegen die schlesischen Metallindustriellen für die Recht sprechenden Instanzen Veranlassung sein, ihre bisherige Auslegung noch einmal recht gründlich zu prüfen. Es ist eine böse Zwickmühle, in die unsere löbliche Justiz hier geraten ist, aber sie allein ist sich daran schuld.

Wiederum eine Aussperrung im Stuckgewerbe!

Am 7. d. M. wurden sämtliche organisierten Modelleure und Gipsbildhauer ausgesperrt, weil sie ihren Tarif resp. das Anfrageverbot gegen einen reglementswidrig zureisenden österreichischen Auch-Kollegen verteidigten. Die Firma Klunka u. Völkel legte sich damals in geradezu erstaunlicher Weise für diesen Berufsschädling ins Mittel, konnte aber nicht verhindern, daß ihr organisiert sein wollender Schützling abreisen mußte, nachdem er vorher noch einen Kollegen als „Terroristen" — wörtlich — bei den Meistern denunziert hatte. Durch Vergleich zwischen den Verbänden wurde die Aussperrung beendet, doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben, dachte der Herr Völkel, er ließ seinen Landsmann wieder nach hier kommen und erklärte „seinen" organisierten Gehilfen: „Gerade dem Verbande zum Possen muß der Herr Kolbe aus Wien bei mir arbeiten, mag's kommen, wie's will!" Auf die Antwort, daß er dann aber doch niemanden zwingen könne, mit einem Kollegen zusammenzuarbeiten, welcher die Beschlüsse und Einrichtungen seiner Organisation mißachtet, dekretierte der Herr Chef: „Dann treten Sie aus dem Verbande aus oder — betrachten Sie sich als ausgesperrt!" worauf selbstverständlich sämtliche Kollegen den Arbeitsplatz verließen. Auch der Schützling durfte nicht anfangen, sondern muß auf Kosten der Firma spazieren; denn: „Selbstverständlich zahlen wir Ihnen den Lohn bis die Angelegenheit erledigt ist, ohne daß Sie arbeiten!" Eine am selben Abend tagende Schlichtungskommissions-Sitzung verlief ergebnislos, da man den Ausgesperrten zumutet, bedingungslos mit dem „Schützling" zusammenzuarbeiten, dessen Handlungsweise sie schon zweimal aufs Pflaster zwang. In einer heute Donnerstag Abend bei Fläschel, Groschengasse, stattfindenden Modelleur-Versammlung wird Stellung zu diesem Willkürakt genommen werden. Die Fachgenossen werden gebeten, darauf zu achten, daß jeder organisierte Modelleur im Besitz einer Legitimationskarte ist, die er auf Verlangen vorzuzeigen sich verpflichtet hat. Stuckateure und Putzer, übt Solidarität!

---

* **Zirkus Sidoli.** Uns wird geschrieben: Die wenigen in Breslau gegebenen Vorstellungen des Zirkus Sidoli haben bereits genügt, den Beweis zu erbringen, daß dieser Zirkus sich neben jeden anderen Zirkus ersten Ranges stellen kann. Er besitzt einen Marstall von Pferden edelster Rasse, die unter der Kunst eines unermüdlichen Direktors die staunenswertesten Dressuren erfahren. Die Ausstattung des Zirkus ist vornehm und reich. Alles bekundet Geschmack und Eleganz. Allerdings findet die Ausstattungs-Pantomime, die ohnedies ein fremdes Element im Zirkus ist und mehr den Maßstab für die künstlerischen Leistungen der Garderobe- und Requisitenkammer abgibt, hier keine heimische Stätte. Dafür herrscht hier reine zirzensisch equestrische Luft. Das equestrische Gebiet und die zirzensische Kunst treten in den Vordergrund. Die Manege ist hier wirklich die Stätte, auf welcher jederzeit die equestrische Kunst ihre regste Förderung und vollendetste Ausbildung findet. Die Dressur, die Hauptanziehung jedes Zirkus, besitzt in Herrn Direktor Sidoli einen nahezu staunenswerten Förderer. Wer sich davon überzeugen will, muß die von ihm dressierten und in Freiheit vorgeführten russischen Rapphengste gesehen haben. Fesseln schon die Tiere durch ihre wirklichen Prachtexemplare, so drängen die von ihnen ausgeführten Trifs jedem Besucher die Ueberzeugung auf, daß hier auf dem Gebiet der Freiheitsverführung Meisterhaftes geleistet wird. Den genannten Leistungen stellt sich die russische Troika-Schule mit drei Schulpferden, geritten von Herrn Karl Petoletti, einem Schüler James Fillis, ebenbürtig zur Seite. Wie der berühmte Reiter James Fillis zu allen Zeiten in einem Atemzuge mit den Größten der Reitkunst genannt werden wird, so bewährt sich auch Herr Petoletti als sein gelehrigster Schüler. Auch er verwirft Pilare und Reitpeitsche, und Stimme und Sporen sind das Haupterziehungsmittel. Ausgezeichnete Klowns erhalten die Besucher andauernd in gutem Humor. Der ungeheure Beifall nach jeder Zirkusnummer ist der deutlichste Beweis für das befriedigte Publikum.

* **Gefunden** wurde im Gewerkschaftshause am vorigen Sonnabend ein auf Parquettplatz lautendes Billet für die Volksvorstellung am nächsten Sonntag. Der Besitzer kann das Billet in der Expedition der „Volkswacht" in Empfang nehmen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Schuhmacher! Seit einer Woche sind reichlich 1000 Fabrikschuhmacher in Berlin ausgesperrt worden, weil die Ballschuhmacher die Forderung auf freie Lieferung der Fournituren nicht zurückgezogen haben. Der Kampf ist nun zu einer Machtfrage geworden. Die Kollegen haben nun die Pflicht, Arbeit nach Berlin nicht anzunehmen.

Die Ortsverwaltung.

Neueste Nachrichten.

Eisenbahnunfall.

Gestern Nachmittag um 4¾ Uhr stieß auf dem Bahnhofe in Brieg am Ueberwege von der Dreiankerstraße nach der Briegischdorfer Straße eine vom Bahnhof kommende Rangiermaschine mit einem auf dem Neisser Gleise einfahrenden mit Rüben beladenen Güterzuge zusammen. Durch den Anprall wurden die Puffer der Rangiermaschine beschädigt, ebenso die Maschine des Güterzuges. Mehrere Waggons wurden aus dem Geleise gehoben, wobei einer umschlug. Der Führer der Rangiermaschine und der Bremser sprangen vor dem Zusammenstoß herab und kamen ohne Schaden davon; auch von dem Personal des Güterzuges wurde niemand verletzt. Den ganzen Abend wurde an der Freimachung des Gleises gearbeitet.

Verhafteter Mädchenhändler. Ein Mädchenhändler wurde in Köln a. Rh. in der Person eines Friseurs von der Kriminalpolizei verhaftet. Der Mann hat unerfahrene junge Mädchen öffentlichen Häusern überliefert und einen schwunghaften Mädchenhandel nach dem Auslande betrieben.

Er steigt im Kurse. Die von der Stadt Köpenick für die Ergreifung des Kassenräubers ausgesetzte Belohnung wurde von 500 Mark auf 1000 Mark erhöht.

Vereins-Kalender.

Osperon. Maschinisten, Heizer und verwandte Berufe. Donnerstag den 25. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Niewiedt. Referent: Gauleiter Reiferscheid.

Brieg. Fabrik-, Land-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen. Sonnabend den 27. Oktober, Abends punkt 8 Uhr: Versammlung bei Quicker, Fischerstraße.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 27. Oktober:

Buchbinder. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.

Bierbrauer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 3 (Erbschener Vorstadt).

Bezirke 12, 13, 14, 15 u. 19. Sonnabend, den 27. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder und Neuwahl zweier Bezirksführer. Die Genossen werden ersucht, alle zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Distrikt 6 (Nikolaitor).

Bezirke 5, 19 u. 20 (umfassend Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 50—106 und 53—109). Freitag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder wegen wichtiger Besprechung im bekannten Lokal. Die Bezirksführer.

Distrikt 8 (Odertor).
Sonnabend, den 27. Oktober, Abends 8½ Uhr: Abrechnung.

Distrikte 14 u. 15 (Ohlauer Tor).
Sonntag, den 28. Oktober, früh 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im Distriktslokal, Vorwerksstraße 61. Besonders die Genossen vom 14. Distrikt werden gebeten, auch einmal zu erscheinen. Die Distriktsführer.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).
Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Distriktslokal, Lohestraße 77. Besprechung der Distriktseinteilung und anderer Vereinsangelegenheiten. Alle Bezirksführer und Vertrauensleute, besonders die des 5. Bezirks, bitte ich, vollzählig zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostkreis).
Sonntag, den 28. Oktober, früh 8 Uhr: Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen.

Distrikt 19 (Innere Stadt, Westkreis).
Sonntag, den 28. Oktober, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung, zu welcher jeder Genosse im Distriktslokal erscheinen möge.

Land-Distrikt 4.
Sonntag, den 28. Oktober, früh 5½ Uhr, findet die Verbreitung der Volkskalender statt. Die Genossen von Gräbschen mögen um diese Zeit sich beim Distriktsführer einfinden. Die Radfahrer aus der Umgegend in Opperau. Die Bezirksführer werden ersucht, für rege Beteiligung zu sorgen. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 8.
Sonntag, den 28. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Zusammenkunft.

Verantwortlicher Redakteur: **Theodor Müller.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oskar Schütt.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.
Donnerstag
zum 1. Male:
„Die Magd als Herrin".
Hierauf zum 1. Male:
„Der Herr Kapellmeister".
Zum Schluß:
„Guten Morgen, Herr Fischer".
Freitag
Anfang 7 Uhr:
„Siegfried".
Sonnabend:
„Die Wildente"

Lobe-Theater.
Donnerstag:
„Der Kongreß von Sevilla"
Freitag
zum 1. Male:
„Das elfte Gebot".
Sonnabend
„Der Kongreß von Sevilla".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Donnerstag
Etwas D. 1. Vorstellung:
„Spatzenliebe".

Liebich's Etabl.
Telephon 1646.
Gänzlich neues Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Neues Programm.
12 Attraktionen.
Bons an Wochentagen gültig.
Anfang 7½ Uhr.

Königlich Rumänischer
Zirkus
Cesar Sidoli
im Zirkus Busch-Gebäude.
200 Personen. 123 Pferde.
Eine Herde Elefanten.
Zum ersten Male in Breslau.
Heute Donnerstag, den 25. Oktbr., abends 8 Uhr:
Fashionable Vorstellung.
Glänzendes Programm.
Troika-Schule
gezogen von Herrn Carl Petoletti.
Große Spring-Konkurrenz
[illegible]
Direktor Sidoli's Monstredressuren.
Die Original-Kroker-Truppe
Mohamed ben Mohamed.
The 3 Newmen,
die Herren am Werkem.
Die 4 indischen
Wunder-Elefanten
vorgeführt von
Madame de Valsois
und das einzig reichhaltige Programm.
Freitag, abends 8 Uhr: 1. Clown- und Komiker-Vorstellung.
Billettvorverkauf: Von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Zigarrengeschäft von Gustav Ad. Schleh, Schweidnitzerstr., Ecke Reinerzstraße und an der Zirkuskasse von 11 Uhr morgens ununterbrochen.

Abbitte.
Die von mir getanenen Aeußerungen, Widera habe sich von den Unternehmern bestechen lassen, waren geeignet, unseren Vertrauensmann in schwerer Weise zu beleidigen und nehme deshalb das Gesagte mit Bedauern zurück. Gleichzeitig warne ich vor Weiterverbreitung der möglicherweise noch zirkulierenden falschen Gerüchte.
Breslau, den 24. Oktober 1906.
4730 **Bruno Sommer,**
Maurer und Verbandsmitglied

Tüchtige Maschinennäherin
für Knaben-Garderobe melde sich
Alsenstraße 51, Steiner. [4701

Gute Speisekartoffeln
5 Liter 20 Pfg. [4699
Neumarkt 22, Hof rechts.

Vor Erkältung
schützt man sich am besten durch regelmäßige Beobachtung eines geprüften
Fensterthermometers
Beste Instrumente
empfiehlt 4729
Optische Industrie
„Heidrich"
Stadttheater grad-über.

Holzschuhe mit warmen Futter für Händler billig abzugeben
Holzpantinenfabrik 4725
F. Wagner, Blücherstrasse 22.

Bekannt feinste
Tafel-Butter
jetzt nur **1,30** Mk. das Pfd.
Älteres Spezialgeschäft am Ring
Paul Mischke [4721
Nur **Ring Nr. 5.**

Auf Kredit
Möbel
für Mk. **98.—**
Anzahlung Mk. 10.—
für Mk. **198.—**
Anzahlung Mk. 20.—
für Mk. **298.—**
Anzahlung Mk. 30.—
Einzelne Möbel
Anzahlung von Mk. 5.— an.
4709
S. Osswald,
Schuhbrücke 74,
1., 2., 4. Etage.
Kataloge gratis und franko.
Kredit auch nach auswärts.

Die Volksschule wie sie ist
von **Otto Rühle**
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Verlr.: Fritz Schidlower, Breslau, Jahnstr. 10.

Verlr.: Fritz Schidlower, Breslau, Jahnstr. 10.

Ober-Altwasser.
Neu! Neu!
Den geschätzten Lesern, speziell den Frauen zur gefälligen Mitteilung, daß ich hier eine
Rester- u. Partiewarenhandlung
eröffnet habe. 4728
Empfehle besonders
wollene Herren- und Damenwäsche, Blusen, Schürzen in allen Größen und Preislagen, Kinderkleidchen u. s. w.
Franz Hübner, 4. Bezirk 10d, im Hause des Herrn Schuhmachermeister Schramm.

denn **nur im unerreicht größten** Möbel- und Waren-Kredithause
Max Biermann
Breslau, Ring 51, erste Etage
neben der Stockgasse 4334
ist die Anzahlung Nebensache.
Riesenlager in **Möbel**
einzelne Stücke — ganze Einrichtungen
Anzüge, Ueberzieher, Betten, Kinderwagen u. s. w.
(Filiale: Waldenburg i. Schles.)
Auch nach auswärts.

Delikatess- u. Rauchwaaren
empfiehlt ferner
Gertrud Appel,
Nr. 39, Lehmdamm Nr. 39,
2. Haus von der Hirtstraße. [4727

Kaffee
vorzügliche Qualität, f. Aroma
¼ Pfund 25 Pfg. [3249
Kakaopulver . . ¼ Pfund 23 Pfg.
Brauchschokolade . ½ „ 35 „
Getreidekaffee . . Liter 50 „
Zigarren Nr. 9, 10 St. 38 Pfg.
Franz Gröschel, Leuthenstraße 60

Damen-Filzhüte
billigst **direkt** Filzhut-in d. Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof.
Freund & Krebs.
Filzhüte werden modernisiert.

Heringe! 4 Stück 10 Pfg. Mandel 35 Pfg.
empfiehlt
Kaiser & Kainer
Friedrich-Wilhelmstraße 56
Gräbschenerstraße 12 [4452
Vorwerkstr. 75, Mauritiusstraße 14.

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag: **Tanzkränzchen**
Polonaise 4590
m. Gratispräsentverteilung

Volksvorstellung 1906/7
(Thalia-Theater).
II. Aufführung.
Sonntag, den 28. Oktober 1906
Nachmittag 3½ Uhr:
Graf Essex
von **Heinrich Laube.**
Vorhanden sind nur noch:
I. Rang **70** Pfg., Galerie **10** Pfg.
Zu haben in der **Expedition der Volkswacht,** sowie bei den **Kolporteuren.**

Dem geehrten Publikum von Altwasser die ergebene Mitteilung, daß ich mich am **1. November** als **Barbier** niederlassen werde und bitte das verehrte Publikum mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Achtungsvoll **Paul Hilse, Altwasser III. Bezirk 40 a.**
Preis für Rasieren 5 Pfg.
Preis für Haarschneiden 15 Pfg.
Preis für Kinder-Haarschneiden 10 Pfg. 4727

L. Juliusburger, Gottesberg
Markt
führt die **besten** und **billigsten**
Kornbranntweine
daher **der grösste Umsatz.**
Alles mit 4% Rabatt.
Echter alter Laubaner Korn Liter **40** Pf.
Echter Laubaner Getreide-Korn Liter **50** Pf.
Echter Steingründer Korn Liter **40** Pf.
Echter Breslauer Getreide-Korn Liter **50** Pf.
Echter Wachholder-Branntwein von der Beere fabriziert, Liter nur **80** Pf.
Alle anderen Liköre gut und billig.
Rauch-, Kau- und Schnupftabake.
4598
Holzschuhe, Pantoffeln,
speziell für Arbeit über Tage gefertigt,
zu billigsten Preisen.
Alles mit 4% Rabatt-Marken.

Der Hauptmann von Köpenick
würde selbst
ergriffen sein, über die **billigen Schuhpreise** zur Herbstsaison in der
Guten Schuhquelle
Scheitnigerstrasse No. 19.
Filiale: **Gräbschenerstraße Nr. 33.** [4829

„In freien Stunden".
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

1500 Zentner
Seefische wurden in den letzten 14 Tagen von der **D. D.-F.-G. Nordsee** in **Breslau** umgesetzt, allein am letzten Freitag wurden in unseren zwei Geschäften **Schmiedebrücke 19** und **Stadtbahnbogen** innerhalb 6 Stunden **280 Ztr.** verkauft, ein deutlicher Beweis, welch großer Beliebtheit sich unsere Fische erfreuen, es kann auch nicht anders sein, denn unsere Fische werden direkt aus unseren Dampfern in eigene Kühlwagen verladen und auf dem schleunigsten Wege nach Breslau befördert, daher die wunderbare Frische und Qualität
unserer Seefische.
Unsere Dampferflotte fing in letzter Zeit solche kolossale Mengen **Seelachs,** daß auch der Konkurrenz noch davon abgelassen werden konnte.
Heute und morgen verkaufen wir aus eingetroffener Waggonladung prachtvollen
Seelachs
per Pfd. mit **15** Pfg., alles Mittelstücke. 4723
D. D.-F.-G. Nordsee
Größtes Fischgeschäft der Welt.
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen.

Beilage zu Nr. 250 der „Volkswacht".

Freitag, den 26. Oktober 1906.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 1905.

I.

Die Kämpfe, die den deutschen Arbeitern im Jahre 1905 vielfach aufgedrängt wurden und den offen ausgesprochenen Zweck hatten, die Gewerkschafts-Organisationen lahm zu legen, haben denselben nicht nur, wie schon in der Gewerkschafts-Statistik nachgewiesen, einen enormen Aufschwung gebracht — diese Kämpfe haben der deutschen Arbeiterschaft auch wirtschaftliche Vorteile großen Stils eingetragen. Das ist, um es vorweg zu nehmen, das Fazit der Lohnkämpfe des Jahres 1905. —

Wenn ein der Wirklichkeit nahekommendes Bild von dem Wirken und den Erfolgen der gewerkschaftlichen Organisationen im Kampfe um eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse gegeben werden soll, so ist es notwendig, die Ergebnisse der Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen zusammenfassend darzustellen. Das ist in der vorliegenden Statistik zum ersten Male geschehen, nachdem im vorigen Jahre zum ersten Male der Versuch unternommen worden war, die Ergebnisse der „friedlichen" Lohnbewegungen statistisch zu erfassen. Auch die vorliegende Statistik kann noch keinen Anspruch darauf erheben, das Bild aller wirtschaftlichen Kämpfe und Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationen vollständig wiederzugeben. So haben beispielsweise die Verbände der Maschinisten, Porzellanarbeiter, Tabakarbeiter u. a. die im Kampf erzielten Erfolge zum Teil überhaupt nicht, zum Teil nicht im einzelnen angeben können, obwohl Lohnbewegungen und Kämpfe stattgefunden haben und erfolgreich durchgeführt wurden. Es ist das ein Mangel, den unsere Statistiken nicht mehr aufzuweisen haben sollten.

Allein trotz dieser kleinen Mängel bietet die vorliegende Statistik doch ein Bild erfreulichster Tätigkeit der Gewerkschafts-Organisationen zum Wohle der Arbeiterschaft. Es ist ein glänzendes Emporsteigen, ein rastloses und erfolgreiches Kämpfen um Licht und Luft der Arbeiterklasse, das die Zahlen der Statistik uns lehren. Es sind von allen Gewerkschaften nur die Blumen- und Federarbeiter und -Arbeiterinnen, Bureauangestellten, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Seeleute und Zivilmusiker, die im Jahre 1905 keine Lohnbewegungen und Streiks geführt haben.

Es ist allerdings zu beachten, daß unsere Angaben über die Gesamtzahlen der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten durch die später zu veröffentlichende spezielle Streikstatistik, wie sie bisher jedes Jahr erschienen ist, noch eine Korrektur erfahren werden. In der vorliegenden Statistik waren Doppelzählungen nicht zu vermeiden, da jede Gewerkschaft unabhängig von anderen etwa mitbeteiligten Gewerkschaften über die Kämpfe berichtet hat, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt war. Diese Zahlen werden, wie gesagt, durch die später erscheinende spezielle Streikstatistik die notwendige Korrektur erfahren.

Nach den vorliegenden Angaben haben Lohnbewegungen und Lohnkämpfe stattgefunden in 7609 Orten, 44040 Betrieben mit 1,150,656 Beschäftigten. Die Zahl der direkt Beteiligten beläuft sich auf 862,626.

Forderungen bezw. Anforderungen wurden in 5659 Fällen gestellt. Wenn die Statistik nun gleichzeitig feststellt, daß über die Hälfte dieser Forderungen bezw. Anforderungen, genau 2886, auf dem Wege erfolgreicher Verhandlungen oder durch stillschweigende Anerkennung der Unternehmer ihre Erledigung gefunden haben, so ist das sicher ein gutes Zeichen und der bündigste Beweis für die Machtstellung, die sich die Gewerkschaftsorganisationen im Wirtschaftsleben der Gegenwart errungen haben. In 101 Fällen waren allerdings auch die Gewerkschaften gezwungen, ihre Forderungen zurückzuziehen: es handelt sich hier durchgängig nur um kleine Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen, deren örtliche Organisation aus irgend welchen Gründen den aufgestellten Forderungen nicht genügend Nachdruck zu geben vermochten.

Von den 2604 Streiks und Aussperrungen, die insgesamt stattgefunden haben, sind 1296 oder nahezu 50 Prozent für die Arbeiterschaft mit vollem Erfolge, und 654 gleich 23 Prozent mit teilweisem Erfolge beendet worden. **Das sind 73 Prozent aller Streiks siegreich durchgeführt, ein Erfolg, wie ihn die deutsche Arbeiterbewegung bisher noch nicht aufzuweisen hatte!**

Das Ergebnis gestaltet sich aber noch günstiger, wenn auch die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen in Rechnung gezogen werden. Danach sind von den insgesamt 5659 Bewegungen **4775 Bewegungen gleich 84 Prozent erfolgreich verlaufen.**

Von den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung fanden, wie schon gesagt, 101 ihre Erledigung durch Zurückziehung der Forderungen und von den Streiks hatten 552 (gleich 19 Prozent aller Streiks) keinen Erfolg, sodaß sich die Zahl der erfolglosen Bewegungen insgesamt auf 653 gleich 11 Prozent aller Bewegungen beläuft. Ueber den Verlauf von 118 Streiks (gleich 2,3 Prozent aller Bewegungen bezw. 5 Prozent der Streiks und Aussperrungen) konnten die Vorstände keine Angaben machen, teils weil dieselben am 1. Januar 1906 noch nicht beendet waren, teils handelte es sich auch um Streiks oder Aussperrungen, bei denen die betreffenden Gewerkschaften nur in Mitleidenschaft gezogen waren.

Entsprechend diesen günstigen Resultaten der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe sind auch die Ergebnisse derselben befriedigende. Es erzielten:

Arbeitszeit-Verkürzung*) 186,363 Beteiligte 696,259 Stunden pro Woche.

Lohnerhöhung*) 427,187 Beteiligte 885,311 Mark pro Woche.

Lohnaufschlag für Ueberstunden 107,478 Beteiligte.

Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit 71,682 Beteiligte.

Beseitigung bezw. Regelung der Akkordarbeit bezw. Abwehr der Beseitigung der Lohnarbeit 18,840 Beteiligte.

Verbesserung der Fabrik- usw. Ordnung bezw. Abwehr einer Verschlechterung derselben 8123 Beteiligte.

Maßregelungen wehrten ab 5386 Beteiligte.

Sonstige Vorteile erzielten bezw. Verschlechterungen wehrten ab 119,749 Beteiligte.

Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 1507 Fällen für 257,791 Beteiligte.

Die Kosten der gesamten Bewegungen beliefen sich auf 10,909,138 Mark.

Nimmt man demgegenüber an, daß die erzielten Lohn-Erhöhungen auch nur 40 Wochen im Jahre voll zur Geltung kommen, so ergibt sich gegenüber den Ausgaben, die die organisierte Arbeiterschaft in die Wagschale geworfen hat, eine jährliche Steigerung des Lohneinkommens nur allein für die direkt Beteiligten um rund 35½ Millionen Mark. Es ist aber ohne weiteres klar, daß Lohnsteigerungen in solchem Umfange nicht auf den Kreis der direkt Beteiligten beschränkt bleiben; daß auch darüber hinaus die „Begehrlichkeit" weiterer Arbeiterschichten erweckt wird und auch da die Unternehmer wohl oder übel Lohnzulagen gewähren müssen. Bei dieser Berechnung sind noch gar nicht in Betracht gezogen die sonstigen kulturellen Errungenschaften der stattgefundenen Kämpfe, zu denen ja in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit gehört, zu denen wir aber auch die über 1500 korporativen Arbeitsverträge zählen, die abgeschlossen wurden; endlich verbirgt sich auch unter den als „Sonstiges" bezeichneten Errungenschaften so mancher Erfolg in kultureller Hinsicht. Auch die verbesserten Werkstätten-, Fabrikordnungen usw. dürften oftmals als Kulturerrungenschaften anzusprechen sein. Es wird also durch die hier angeführten Zahlen wieder einmal der zwingende Beweis erbracht, daß die Gewerkschaft die beste Sparkasse für den Arbeiter ist.

*) Eingerechnet die Fälle, in denen Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung abgewehrt wurde.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche und sozialdemokratische Frauenkongresse.

Die 7. Generalversammlung des **Bundes deutscher Frauenvereine** tagte vom 3. bis 6. Oktober in Nürnberg. Ein ganz anderes Bild wie die Konferenz sozialdemokratischer Frauen bietet dieser Kongreß. Schon die Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Nürnberg zeigt deutlich, wie unbefangen die Behörden den Zusammenkünften der bürgerlichen Frauen gegenüberstehen. Man weiß sehr wohl, daß von dieser Seite kein Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu befürchten ist.

Wie richtig diese Meinung ist, zeigt die Debatte über eine Sympathieerklärung an die russischen Freiheitskämpferinnen. Die Angst der Damen, daß vielleicht die Sympathieerklärung für die russischen Revolutionäre ein schlechtes Licht auf ihre so lammfrommen Bestrebungen werfen könnte, ließ eine Resolution zustande kommen, die echt bürgerliche Lauheit verrät. Dieselbe lautet: „Der in Nürnberg versammelte Bund deutscher Frauenvereine gibt seiner tiefen Empörung Ausdruck über die jeder Gesittung Hohn sprechenden Greueltaten, die in Rußland aus Rassenhaß und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autokratie fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt werden. Er gedenkt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen."

Aus dem Geschäftsbericht verschiedener Kommissionen geht hervor, daß Petitionen über Petitionen verfaßt worden sind. So wurde unter anderem eine Petition an den Reichstag und an die verschiedenen deutschen Landtage beschlossen, in welcher um Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen für Mädchen nachgesucht wird. Aus der Kommission zur Hebung der Sittlichkeit war man an die verschiedenen, dem Bunde angehörenden Vereine herangetreten mit der Bitte, in den Städten für Anstellung von Polizeiassistentinnen bei den Polizeidirektionen zu wirken. Gesagt wurde noch, daß die Hauptaufgabe darin zu suchen sei, die weibliche Jugend möglichst lange vor Verführung zu schützen. Wie man das anfangen will, ist noch Geheimnis. So richtig es auch ist, für die Hebung der Sittlichkeit zu sorgen, — in der heutigen Wirtschaftsordnung wird man damit nur sehr bedingte Erfolge erzielen. Was nützen alle Resolutionen, Petitionen und Kongreßbeschlüsse, wenn nicht von Grund auf solche Krankheiten der menschlichen Gesellschaft beseitigt werden sollen?

Eigentümlich berührt es, wenn wir lesen, wie bei jeder Gelegenheit den Damen, welche bei der Arbeitsleistung in einer Kommission oder dergleichen geholfen haben, besonderer Dank ausgesprochen wird. Dies mag wohl zum feinen Ton gehören. Jedenfalls sollte man nicht so viel Wesens davon machen, wenn Frauen, die kaum weiter Nützliches zu tun haben, gewissermaßen zu ihrer Unterhaltung sich um ihre Rechte und Pflichten im Staate kümmern. Daß nebenbei auch an die notleidende verelendende Klasse gedacht wird, soll nicht verkannt werden. Die mehr links stehenden Frauenrechtlerinnen nehmen es auch wohl ernst mit ihren Besserungsvorschlägen, doch anerkennenswerte, praktische Arbeit ist noch sehr wenig geleistet worden. Im großen ganzen laufen die Bestrebungen der Bürgerlichen darauf hinaus, für ihre eigene Klasse Verbesserungen zu schaffen.

Wie ganz anders steht es auf einer **sozialdemokratischen Frauenkonferenz** aus. Hier herrscht nur der Gedanke, zu kämpfen um gleiches Recht für alle. Wer tüchtig im Interesse der Bewegung gearbeitet hat, wird selbstverständlich gern gesehen, im übrigen betrachten wir es als selbstverständlich, daß Frauen, die zu uns sich bekennen, auch tun, was in ihren Kräften steht. Hier wird nicht für Privilegien und Besserstellungen einzelner Klassen gerungen, sondern für das Wohl der Gesamtheit. Die Damen können es sich auch selbst nicht verhehlen, wie imposant zum Beispiel unsere Mannheimer Konferenz war. Frau Bauer äußert sich hierzu in der „Frauenbewegung" recht günstig, obgleich sie ihren Aerger nicht verbergen kann darüber, daß es den nicht zur Partei Gehörenden versagt war, an der Debatte teilzunehmen. Sie spricht sogar den Wunsch aus, daß die sozialdemokratischen Frauen bei gegebenen Gelegenheiten mit den bürgerlichen Damen zusammen arbeiten möchten. Wir haben nach dieser Richtung schon zu schlechte Erfahrungen gemacht, um der Mithilfe großes Vertrauen entgegenbringen zu können. Die Anschauungen gehen zu weit auseinander. Wir sind nicht gewillt, uns mit den Frauen zusammenzutun in Fragen, von denen sie glauben, unsere Hilfe für ihre besonderen Interessen gebrauchen zu können, wie zum Beispiel bei der Organisation der Arbeiterinnen. Verschiedene Anschauungen, wie sie zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauen bestehen, können in unseren eigenen Reihen nie auftauchen. Wir sind uns einig in dem Grundgedanken, daß alle gleich sind, daß alle Klassenunterschiede beseitigt werden müssen. Wir kämpfen für das Wohl aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, nicht für ein spezifisches Frauenrecht wie die bürgerlichen Damen.

Die russische Revolution.

Rußlands Verkauf an das Ausland.

In der „Rjetsch" wird folgender Vorschlag, den die „Russisch-Amerikanische Technik- und Handelskompagnie" an die amerikanischen Kommissionäre gerichtet hat, wörtlich veröffentlicht: „Hierbei wird Ihnen das Verzeichnis und die Beschreibung von zwölf Konzessionen im Europäischen Rußland und in Sibirien mitgeteilt: 1. Eisenbahn im Europäischen Rußland von Wladikawkas bis Tiflis, 30,000,000 Doll.; 2. Eisenbahn im Europäischen Rußland von Petersburg bis Stawjansk, 50,000,000 Doll.; 3. Eisenbahn in Sibirien von Artzamaj bis Chabarowsk, 125,000,000 Doll.; 4. Eisenbahn in Sibirien von Omsk bis Semipalatinsk, 28,000,000 Doll.; 5. Wald-Exploitation in Persien am Kaspischen Meer, 1,000,000 Doll.; 6. Fischfang im Europäischen Rußland auf den Wolga-Sandbänken bei Astrachan, 4,000,000 Doll.; 7. Schwefelbergwerke im Europäischen Rußland im Kaukasus, 150.000 Doll.; 8. Grafitbrüche in Sibirien an der chinesischen Grenze, hundert

Aus aller Welt.

Der Hauptmann von Kapernaum. Ein bibelfester Leser schreibt der „Frankfurter Ztg.": Der Hauptmann von **Köpenick** identisch mit dem bekannten Hauptmann von **Kapernaum**! Endlich ist es gelungen — aber nicht der Berliner Kriminalpolizei — die **Identität** des Hauptmanns von Köpenick festzustellen. Man überzeuge sich davon in der Bibel und lese:

Evang. Matth. Kap. 8 Vers 9.

Der **Hauptmann** zum **Bürgermeister**: „Siehe, ich habe unter mir Kriegsknechte. Und wenn ich zu dem ersten sage: „Gehe hin!" so geht er, und sage ich zum andern: „Komme her", so kommt er und zum dritten: „Tue das, so tut er es!"

Evang. Matth. Kap. 8 Vers 10.

Der **Hauptmann** (für sich): „Wahrlich, ich habe noch niemals gefunden einen **solchen** Glauben!"

Die Kosten des Leipziger Bahnhofsbaues werden neuerdings auf **128 Millionen Mark** geschätzt, die Bauzeit wird noch **7 bis 8 Jahre** dauern. Das Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs, der **der größte Bahnhof Deutschlands** wird, soll einen doppelt so großen Flächenraum bedecken als der Augustusplatz in Leipzig.

Den Talmihauptmann von Köpenick sucht Polizeiwitz vergeblich. Ungezählte Spuren und Verhaftungen verfolgt und betreibt man — alles vergeblich. Nur ein Zufall, der **nicht** von der hohen Obrigkeit vorgesehen ist, wird den genialen Verspötter unserer herrlichen Ordnung und Disziplin am Ende ausfindig machen. Die ganze Welt lacht weiter.

Die Macht des Titels. Aus **Königsberg** meldet die „Hart. Ztg.": Mittwoch Mittag stellte sich dem **Posten der Schloßwache** eine Dame mit der Erklärung vor, sie sei die **Prinzessin Charlotte von Mecklenburg**, die Tante des im Schlosse wohnenden Prinzen Friedrich Wilhelm, und wolle auf ihn warten. Die **Wache erwies ihr die entsprechenden Ehren und der Feldwebel ließ den Schloßplatz sogar militärisch und polizeilich absperren.** Schließlich stellte es sich heraus, daß man es mit einer **Geisteskranken** zu tun hatte. — In **Köpenick** sehen wir den Kotau vor der Uniform, in **Königsberg** vor dem Titel.

Ein gräßliches Bauunglück, durch das **sieben Maurer und Bauarbeiter** teils sehr schwer, teils leichter **verletzt** wurden, ereignete sich Mittwoch Nachmittag am Bau des **Volkshauses in Halle a. S.** Ein mangelhaft errichtetes Baugerüst, das nicht sicher gesteift und nicht genügend mit Laschen befestigt gewesen sein soll, stürzte anscheinend durch Erschütterung mit dem Steinwagen in der dritten Etage zusammen und die darauf arbeitenden Bauarbeiter stürzten in die Tiefe. Es war herzzerreißend das Unglück mit anzusehen. Die Verletzten wurden sofort nach dem in der Nähe befindlichen Diakonissenhause geschafft, wo man Schädel-, Rippen-, Arm- und Beinbrüche feststellte. Einer der Schwerverletzten, Bauarbeiter **Puppe starb** bereits Nachmittags 5 Uhr. Der Bau wird geleitet durch den Baumeister **Giese** und durch den Maurermeister **Lingesleben**; mit verantwortlich ist der Polier **Harke**. Eine Untersuchung gegen die Verantwortlichen wurde durch den Ersten Staatsanwalt sofort eingeleitet.

„Rote Heilige". Einen gelungenen Spaß leisteten sich die **organisierten Maurer** von **Unteröwisheim**. Diese Gemeinde feierte ihre 100 jährige Zugehörigkeit zum Großherzogtum Baden. Zu diesem Zwecke war von der Gemeindeverwaltung ein Festzug arrangiert und die Organisation der Maurer ebenfalls eingeladen. Der Militärverein und die Feuerwehr wurden zum Festzug einfach kommandiert. Die organisierten Maurer erschienen ebenfalls und zwar vollzählig. Sie brachten ein Bild mit, auf dem Bebel, Lassalle und Liebknecht konterfeit waren und an welchem unten der Vers angebracht war:

„Wir kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht,
Daß keiner sei des andern Knecht,
Daß Arbeit aller Menschen Pflicht
Und keinem es an Brot gebricht."

Die Dorfbonzen schöpften nicht den geringsten Verdacht, sie glaubten offenbar, es seien die Bildnisse einiger „patriotischer Heiligen". Das Bild wurde von den Festjungfrauen im Zug getragen und zuguterletzt ließen sich die organisierten Maurer mit den Festjungfern und dem Bilde vom Photographen verewigen. Werden die Dorfgrößen von Unteröwisheim ein Gesicht machen, wenn sie von ihrem Hereinfall hören.

Die fälligen Eisenbahnunfälle. In Groß-Sachsen bei **Mannheim** stieß gestern früh gegen 6 Uhr der Frankfurt-Heidelberger Personenzug auf den Schluß eines über den Markierpfahl hinaus stehenden Güterzuges auf, der von dem Personenzuge überholt werden sollte. Infolge des Anpralles **entgleisten 7 Wagen**, die teils zertrümmert und über beide Gleise geworfen wurden. **Verletzt ist niemand.** Der Schaden an Material ist sehr erheblich. — Auf **Station Mattierzoll** bei Jerxheim fuhr ein Eilgüterzug auf einen rangierenden Güterzug auf. Der Materialschaden ist beträchtlich. Vom Personal wurde niemand verletzt. — Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heute Mittag 1 Uhr auf dem Bahnhofe zu **Hannover**. Als ein Güterzug nach Braunschweig die Halle verlassen wollte, rangierte eine Maschine einen Postwagen hinter den Bremer Personenzug. Der Güterzug hatte kaum die Halle verlassen, als er von der Maschine bei einer Kreuzung angefahren wurde. Der Anprall war so heftig, daß die Maschine zur Seite flog. Etwa 10 Wagen sind beschädigt. Der im Postwagen diensttuende **Schaffner [illegible]** wurde **schwer verletzt**; anscheinend erlitt er einen Bruch des Rückgrats. Ein **Bremser des Güterzugs ist leichter verletzt.** Die Gleise blieben etwa eine Stunde gesperrt.

Aus Pittsburg (Pennsylvanien) meldet der Draht: Gestern ereignete sich ein Eisenbahnunfall auf der Pennsylvaniabahn. Ein Personenzug, welcher auf einer Brücke bei Wayn (Staat Indiania) hielt, wurde von einem Güterzug angefahren. **Ein Pullmann-Wagen wurde zerstört, verschiedene Güterwagen stürzten ins Wasser. Zehn Reisende wurden schwer verletzt, mehrere Personen werden vermißt.** Man vermutet, daß sie **ertrunken** sind.

Wer schön bezahlt, für den wird schön gebetet. Der ultramontane „Badische Beobachter" in **Karlsruhe** veröffentlicht unter „Kirchlichen Nachrichten" folgenden Tarif: „Die Gebühren für die Jahrtagsstiftungen sind **erhöht** worden, den Zeitverhältnissen entsprechend. Es gibt nur Jahrtagsstiftungen auf „ewige Zeiten", d. h. ohne Zeitbeschränkung, auf 100 Jahre und 50 Jahre. Ein gestiftetes Amt in Orten unter 12,000 Einwohnern kostet in Zukunft ohne Zeitbeschränkung 400 Mark, auf 100 Jahre 300 Mark und auf 50 Jahre 250 Mark, eine heilige Messe ohne Zeitbeschränkung 200 Mark, auf 100 Jahre 100 Mk., auf 50 Jahre 80 Mark. In größeren Städten sind die Gebühren wesentlich erhöht. Für Aemter bekommt der Priester 2.50 Mark, der Meßner 1 Mark, der Organist 1 Mark, der Sänger 1 Mark, der Kalkant 50 Pfg., die Ministranten 50 Pfg., bei einer stillen Messe der Priester 1.50 Mark, der Meßner 50 Pfg., die Ministranten 20 Pfg. Bereits bestehende Jahrtagsstiftungen werden durch die neueste Verordnung nicht berührt."

Kleine Chronik. Auf frischer Tat ertappt wurden in Schöneberg zwei „schwere Jungen", die in dem Gebäude, in dem sich die Polizeidirektion befindet, in einen Zigarrenladen einbrachen. Als sie mit ihrem Raube das Weite suchen wollten, wurden sie von einem Schutzmann festgenommen. — Aus Mühlheim a. Ruhr wird gemeldet: Bei dem Stadtteil Speldorf wurde der von der Nachtschicht kommende 70 Jahre alte Bergmann Geyen überfallen, seiner Barschaft beraubt und dann in die Ruhr geworfen. Der Raubmörder ist noch nicht ermittelt. — Der Arbeiter Arthur Schilling, der die 13 Jahre alte Frieda Tiermann bei Schandau ermordete und die Botenfrau Richter beraubte und schwer verletzte, ist in Kamenz i. S. verhaftet worden. Der Mörder ist geständig. Die verwundete Frau ist bereits außer Lebensgefahr. — In Oelsnitz i. S. wurde am Dienstag Vormittag der Bergarbeiter Jahn, Vater von sieben Kindern, von hereinbrechenden Kohlenmassen tödlich getroffen. Der Unglücksfall ereignete sich in der Grube [illegible] Steinkohlenwerkes „[illegible]". — Als Mörder des Landwirts [illegible] in [illegible] wurde der Landmann Emken, ein Verwandter des Ermordeten, verhaftet. Emken hat bereits ein Geständnis abgelegt. — Zigeuner erbrachen einen plombierten Eisenbahnwagen in [illegible] und raubten aus demselben 120,000 Stück Zigarren.

Meilen von der Sibirischen Eisenbahn entfernt, 250,000 Doll.; 9. Goldfelder in Sibirien, 1200 Meilen von Irkutsk gen Norden entfernt, an den Ufern des Witim, 5,000,000 Doll.; 10. Goldminen in Sibirien, 60 Meilen von der Chinesischen Eisenbahn entfernt, 500,000 Doll.; 11. Goldfelder in Sibirien, 10 Meilen von der Transbaikal-Eisenbahn entfernt, bei Nertschinsk, 2,500,000 Doll.; 12. Kupfer- und Eisenbergwerke in Sibirien, 60 Meilen von der Transbaikal-Eisenbahn entfernt, bei Tschita, 2,500,000 Doll. Alle diese Konzessionen können entweder verkauft werden, oder aber es können dafür besondere Kompagnien gegründet werden. Die Konzessionen auf die Eisenbahnen werden in naher Zukunft von der Kaiserlich Russischen Regierung, die sich für den möglichst schnellen Bau dieser Linien zwecks wirtschaftlicher Entwickelung des Landes sehr interessiert, garantiert werden. Ob Sie die Geschäfte in Amerika oder in Europa abschließen, in beiden Fällen werden Sie 5 Prozent von den Eisenbahnkonzessionen und 10 Prozent von den übrigen Unternehmungen erhalten, gleichgiltig ob Sie dieselben direkt oder indirekt zustande bringen." Dieses Zirkular ist vom Präsidenten der Kompagnie, Grafen Tiesenhausen, unterzeichnet. Derselbe Graf Tiesenhausen ist Beamter des russischen Konsulats in New-York; der Vizepräsident der Kompagnie, Botretzki, ist eine dem Konsul nahestehende Persönlichkeit. Es fragt sich nun, in wessen Namen Graf Tiesenhausen mit solchen ungeheuerlichen Vorschlägen hervortritt!

Werden die Kapitalisten vernünftig?

Köln, 25. Oktober. Zuverlässigen Meldungen zufolge, so wird der „Köln. Ztg." aus Paris gedrahtet, habe Witte insbesondere bei Rothschild die größten Anstrengungen gemacht, Geld für Rußland zu bekommen. Der Mißerfolg seiner Bemühungen war jedoch ein vollständiger.

* * *

Neueste Telegramme.

Tiflis, 24. Oktober. Ein von Kars kommender Postwagen ist von zehn Räubern überfallen und um 29,000 Rubel beraubt worden. Die Grenzwache verfolgt die Räuber.

Werchneudinsk, 24. Oktober. Die hiesige Güterstation ist heute Nacht von zwanzig Räubern überfallen worden; doch schlugen Soldaten von einem bei der Station haltenden Militärzuge die Räuber in die Flucht und nahmen sechs von ihnen fest.

Tschita, 25. Oktober. Beim Revisionsverfahren im Prozeß gegen Mitglieder des Militärverbandes verurteilte das Militärgericht zwei Leutnants zum Verlust der Standesrechte und Verbannung, sowie Rangverlust und Ausschließung aus dem Dienste. Die übrigen Angeklagten wurden mit Ausschließung aus dem Dienst und zweijähriger Festungshaft verurteilt. Beide Leutnants und ein dritter Angeklagter wurden nach Fällung des Urteils flüchtig.

Wladikawkas, 23. Oktober. Ein Trupp bewaffneter Reiter versuchte heute einen Handstreich gegen ein im Mittelpunkt der Stadt gelegenes Juweliergeschäft. Nachdem sie das Publikum auf der Straße durch Abgeben einer Salve verjagt hatten, drangen sie in das Haus ein, verwundeten den Eigentümer und plünderten das Geschäft. Eine herbeigeholte Abteilung Militär gab Feuer, worauf die Räuber, von denen niemand getroffen wurde, flüchteten. Vom Publikum wurden mehrere verwundet.

Partei-Angelegenheiten.

Strafkonto der Presse. Das Stuttgarter Schöffengericht verurteilte den Genossen Sauerbeck von der „Schwäbischen Tagwacht" zu einer Woche Gefängnis wegen Beleidigung eines Geistlichen, der in einer Predigt die freiorganisierten Arbeiter ehrlose und charakterlose Menschen genannt hatte. Außerdem war kritisiert worden, daß der Herr eine 77jährige Greisin zu 5 Wochen Gefängnis hatte verurteilen lassen, weil sie ein Gerücht weitererzählt hatte, wonach der Pfarrer mit seiner Köchin geschlechtlich verkehrt habe. Der Pfarrer hat das unter Eid bestritten, er hat aber auch die Beleidigung der Arbeiter bestritten. Hinterher erklärte indes der Redakteur des Göppinger „Hohenstaufen", eines bürgerlichen Blattes, daß er jederzeit beschwören könne, die betreffende Aeußerung in der Predigt des Pfarrers gehört zu haben.

Die Strafkammer in Erfurt verurteilte den Genossen von Lojewski als verantwortlichen Redakteur der Erfurter „Tribüne", wegen öffentlicher Beleidigung des Pastors Kirchner zu 3 Monaten Gefängnis.

Die „Humanité" Jaurès teilt mit, daß die zahlreichen Unterstützungsbeiträge für die „Humanité" nicht nur das Fortbestehen des Blattes sichern, sondern sogar seine vergrößernde Umgestaltung gestatten.

Arbeiterbewegung.

495 Schlosser der Nähmaschinenfabrik von Mundlos u. Ko. in Magdeburg legten wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder.

Zum Elbschifferstreik. Die in Dresden versammelten Direktionen der Elbeschiffahrtsgesellschaften lehnten die Verhandlungen mit der Organisationsleitung der Binnenschiffer ab, wollen aber mit ihren Arbeitern über die Lohnforderungen verhandeln, wenn diese vorher die Arbeit wieder aufnehmen. — So dumm werden die Elbschiffer nicht sein, um auf diesen Köder hineinzufallen.

Zum Streik auf Howalds-Werke. Die Direktion der Howalds-Werke in Dietrichsdorf bei Kiel hat das Anerbieten des Gewerbegerichts, auf Wunsch des Metallarbeiter-Verbandes in dem ausgebrochenen Streik der Arbeiter der Werke zu vermitteln, abgelehnt, da sie die Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes nicht als Vertreter ihrer Arbeiterschaft anerkennen will. Es ist dies der bekannte Unternehmerdünkel.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Bergarbeiterbewegung erfährt das „Berl. Tageblatt", daß die Siebener-Kommission bereits am nächsten Freitag in Essen zusammentreten wird, um zu der Antwort des Bergbaulichen Vereins und der andern nicht in diesem Verein vertretenen Zechenverwaltungen in Bezug auf die gestellten Lohnforderungen Stellung zu nehmen. Nachher soll eine gemeinsame Sitzung der Siebener-Kommission mit den Vorständen der einzelnen Bergarbeiterverbände stattfinden. Die im Bergbaulichen Verein befindlichen Zechenverwaltungen haben auf die Forderung der Kommission gar nicht geantwortet, die anderen nur zum Teil; doch schließen auch diese in der Antwort sich der Ansicht des Bergbaulichen Vereins an, indem sie die Siebener-Kommission nicht als gesetzliche Vertretung der Bergarbeiterschaft anerkennen und nur mit den Arbeiterausschüssen der einzelnen Zechen unterhandeln wollen. Derartige Verhandlungen haben in den letzten Tagen auf verschiedenen Zechen stattgefunden, aber mit einigen unbedeutenden Ausnahmen zu keinem Ergebnisse geführt. Man erwartet im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nicht, daß es zu einem Streik kommen wird, betrachtet es aber nicht als ausgeschlossen, daß eine Kündigung mit gesetzlicher, also 14tägiger Frist seitens der Arbeiter erfolgt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Oktober.

Achtung, Parteigenossen!

Die Genossen, die noch im Besitz von

Haus-Listen für die Stadtverordnetenwahlen

sind, werden dringend ersucht, diese Listen umgehend an die Bezirks- bezw. Distrikts-Führer abzuliefern, damit die weiteren Wahlarbeiten erledigt werden können.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Wie steht es mit der Breslauer Volksschule?

Wenn wir diese Frage an die im Stadtverordnetensaale herrschenden Parteien richten, dann bekommen wir gewiß die Antwort: Ganz vortrefflich! Wir Sozialdemokraten als Vertreter der Interessen der Arbeiter auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, also auch auf dem des Bildungswesens, sind durchaus nicht in der Lage, diese Frage in gleicher Weise oder auch nur mit dem Ausdruck leidlicher Zufriedenheit zu beantworten. Im Gegenteil, auf die Gefahr hin, von unseren Liberalen wieder der Verhetzung beschuldigt zu werden, müssen wir offen unsere Unzufriedenheit mit der Entwickelung des Breslauer Volksschulwesens aussprechen. Und das um so entschiedener, als wir wieder dicht vor neuen Stadtverordnetenwahlen stehen und es für uns gilt, in das Breslauer Stadtparlament Leute hinein zu bekommen, die energisch für die Besserung unserer Volksschulverhältnisse eintreten.

In liberalen Stadtverordneten-Wählerversammlungen wird gegenwärtig ein Langes und Breites darüber geredet, wie herrlich weit wir es auf dem Gebiet des Volksschulwesens gegenwärtig gebracht haben, im Vergleich mit den Zuständen früherer Zeiten. Das ist ein billiges Vergnügen der guten Liberalen, wir glauben aber, daß sie damit im Wahlkampfe nicht weit kommen, und daß wegen dieser Fortschritte der Neuzeit im Vergleich mit der „guten alten Zeit" nicht ein Wähler den Liberalen die Stimme geben wird, der nicht ohnehin und aus anderen Gründen dazu entschlossen war. Wir sind die letzten, die leugnen wollten, daß im Bau und in der inneren Einrichtung unserer Volksschulhäuser ein erheblicher Fortschritt gegenüber früheren Zeiten zu verzeichnen ist, und daß in Folge dessen auch die Kosten der Errichtung neuer Volksschulhäuser sich nicht unerheblich steigerten. Die großen Ergebnisse der Wissenschaft, besonders die der ärztlichen, die gewaltigen Errungenschaften der modernen Technik, die stark gesteigerten Anforderungen unserer riesenhaft gewachsenen Großstädte haben auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in allen diesen dienenden Einrichtungen, ihre Wirkung geübt. Sollte das allein bei den Schulhäusern für das arbeitende Volk anders sein, sollten hier noch die kleinen ein- und zweistöckigen Häuschen, mit ihren primitiven Einrichtungen gelten, die vor Jahrzehnten der Volksschule auch in größeren und großen Städten genügten oder genügen mußten? Das werden die von ihrem Entwickelungseifer selbst höchst begeisterten Liberalen am Ende selbst nicht meinen, sie werden zugeben müssen, daß das, was die jetzige Volksschule von ihrer früheren Gestalt unterscheidet, wesentlich auf die unweigerlichen Anforderungen zurückzuführen ist, die das gewaltige Anwachsen der großen Städte an die herrschenden Kreise stellte.

Wenn die Liberalen aber etwas angestrengter in die Vergangenheit zurückgehen wollten, wenn sie sich besonders mit dem Liberalismus vergangener Zeit beschäftigen wollten, müßten gerade sie beschämt schweigen, statt von der schönen Erfüllung liberaler Gedanken zu reden. Was ist denn aus der Volksschule geworden, wie sie einst den Liberalen vorschwebte? Man schwärmte damals für die „Einheitsschule", die Schule, in die jeder Bürger, ob arm, ob reich, seine Kinder schicken sollte. Man wollte dadurch einmal die Bedeutung der Volksschule heben und dann auch versöhnend auf die Klassenunterschiede einwirken. Heute denkt kaum noch ein Liberaler an solche „Jugendtorheiten", „Schwärmereien", die man den Sozialdemokraten überläßt, denn man ist „praktisch" geworden, und die Furcht vor der immer gefährlicher werdenden Sozialdemokratie verbietet es geradezu, mit dieser am gleichen Strange zu ziehen. Heute ist man weiter wie je vorher von dieser „Einheitsschule" entfernt, man hat Vorschulen für die höheren Schulen, man hat Mittelschulen für das kleinere Bürgertum errichtet und zwar gerade dort am eifrigsten, auch in Breslau, wo der Liberalismus bisher noch herrschend war — die Volksschule aber ist mehr noch wie früher eine Schule der Armen, der Arbeiter, geworden. Und so konnten die finsteren Mächte der Reaktion in Preußen denn auch mit spielender Leichtigkeit jenes unerhörte Attentat auf die Volksschule ausüben, sie vollständig dem Pfaffentum überantworten, den Städten die Macht über die von ihnen bezahlten Volksschulen ganz nehmen — der greisenhafte Liberalismus konnte und wollte keinen ernsthaften Widerstand mehr leisten.

Und wie steht es denn mit der inneren Entwickelung der Volksschule gerade auch in Breslau? Die durchschnittlich auf jede Schulklasse kommende Schülerzahl war vor zehn Jahren 57 und ist jetzt immer noch 54, viel zu hoch auch heute noch, um einem Lehrer die notwendige Einwirkung auf jeden seiner Schüler zu ermöglichen, ganz abgesehen davon, daß gerade in den unteren Klassen diese Durchschnittsziffer eine viel höhere ist. Gewiß hat sich der Zuschuß der Stadt in den letzten zwanzig Jahren, auf den Kopf des Volksschülers berechnet, von 43 Mk. auf 75 Mk. gesteigert (also um 32 Mk.), bei den höheren Schülern aber beträgt diese Steigerung im gleichen Zeitraum pro Kopf 89 Mk. (von 157 Mk. auf 246 Mk.), also weit über das Anderthalbfache mehr. Ganz unerfreulich aber steht es mit der Errichtung von Volksschulhäusern, hier ist geradezu von einem Rückschritt zu reden, indem der Bau solcher Schulhäuser weit hinter den durch das Anwachsen der Bevölkerung gestellten Anforderungen zurückgeblieben ist. Während vor zwölf Jahren, im Jahre 1894, von je 100 Schulklassen 10 in gemieteten, also in meist ganz unzureichenden und jedenfalls immer schlechteren und teureren Räumen, als sie in den städtischen Volksschulhäusern zur Verfügung stehen, untergebracht waren, betrug diese Zahl im Anfange des Jahres 1906 das doppelte, also 20 von je 100 Klassenräumen! Dieser Rückschritt ist sehr begreiflich, wenn man sich erinnert, daß die Stadtverordneten-Versammlung wiederholt statt der üblichen 400,000 Mark alljährlichen Zuschusses zum Schulhausbaufonds nur 300,000 Mark bewilligte, trotz der Proteste von seiten des Magistrats. Man wollte ein paar Prozent Gemeinde-Einkommensteuer weniger erheben, damit die so sehr beliebten Rentiers der Stadt nicht wegen zu hoher Steuern den Rücken kehren. Und dabei sind selbst die 400,000 Mark nicht ausreichend, um im Bau von Volksschulhäusern Schritt zu halten mit der Bevölkerungszunahme.

Mit solchen Krämerpraktiken kann sich die Sozialdemokratie nie und nimmer einverstanden erklären. Ein Stillstand in der Entwickelung der Volksschule oder gar eine Verschlechterung derselben, wie sie sich im obigen darstellt, ist nicht nur eine schwere Schädigung der Interessen des arbeitenden Volkes, sondern auch eine solche der Allgemeininteressen. Es ist dumm und lächerlich, das, was für die Volksschule getan wird, als eine Art Wohltat für die Armen anzusehen. Nein, die Gesellschaft, die Gemeinde nutzt sich selbst in ihrer Gesamtheit, wie in allen ihren Gliedern, wenn sie die Volksschule auf die denkbar höchste Stufe bringt. Der soziale wie der demokratische Ausbau der Volksschule wird aber einzig und allein konsequent von der Sozialdemokratie angestrebt!

Sozialpolitische Rückblicke und Ausblicke.

Wie wir bereits berichtet haben, hat Professor Sombart aus Anlaß seiner Uebersiedelung nach Berlin in der Gesellschaft für Soziale Reform am Dienstag Abend im Palast-Restaurant — vor einem überfüllten Auditorium, meist aus den Kreisen der bürgerlichen Intellektuellen — einen Abschiedsvortrag über das Thema: „Sozialpolitische Rückblicke und Ausblicke" gehalten, aus dessen Ausführungen wir folgendes entnehmen:

An dieser Stelle, vor beinahe fünfeinhalb Jahren, am ersten Mai, habe ich meinen ersten Vortrag über die Arbeitsverhältnisse in älterer und neuerer Zeit gehalten, und so wollen wir uns heut vergegenwärtigen, was sich in der Zwischenzeit abgespielt hat, und ob die damals vertretenen Anschauungen berechtigte waren. Ich zeigte damals, wie das patriarchalische Arbeitsverhältnis früherer Zeit von dem modern-konstitutionellen immer mehr verdrängt wird, wie die Arbeiter sich anschicken, als gleichberechtigte Partei über die Bedingungen der Arbeit zu unterhandeln; ich zeigte ferner, daß in unserer Zeit das patriarchalische Arbeitsverhältnis nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Staunenswert rasch haben sich die Verhältnisse geändert; der damalige Vortrag ist längst veraltet; heut gibt es überhaupt keine Diskussion mehr darüber, ob sich das patriarchalische Arbeitsverhältnis aufrecht erhalten läßt. Daran zu glauben ist eine Utopie, schlimmer als ein erträumter Zukunftsstaat. Bei Betrachtung dieser Fragen kommt es nicht auf das Bessere oder das weniger Gute an, das wir wünschen; würde ich gefragt, welches Arbeitsverhältnis ich für das bessere halte, vielleicht würde ich mich für das patriarchalische Verhältnis erklären, weil es der Eigenart des Menschen mehr entspricht, weil von hundert Menschen sich neunundneunzig selbst nur berufen fühlen zu dienen und nur einer zu herrschen. Aber das kommt nicht in Frage. Die Arbeiter sind vom modernen Geiste aufgerüttelt, aufgewühlt, oder wenn man so will, aufgehetzt. Vergegenwärtigen wir uns den ungeheuren Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung; in den verflossenen fünf Jahren haben die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Die betreffenden Ziffern drücken das Verhältnis aber allein nicht vollkommen aus. Der Geist, der in der Gewerkschaftsbewegung herrscht, überträgt sich auch auf die nicht organisierten Kreise der Arbeiter.

Was folgt nun hieraus für die Gesamtheit und für die Kultur. Wir sehen Unruhe und Unfrieden, wie in keiner früheren Zeit. Das Wirtschaftsleben ist voller Kampf. In die Zeit der letzten fünf Jahre fällt dann auch die Entwickelung der Arbeitgeber-Verbände. Zwei Parteien stehen sich gegenüber, gewillt, den Kampf bis aufs Messer zu führen. Der Kampf ist als Prinzip in das Wirtschaftsleben getreten. „Wir wollen sehen, wer der stärkere ist", von diesem Grundsatze lassen sich die Parteien leiten, und so sehen wir gewaltige soziale Kämpfe, an denen größere Menschenmassen beteiligt sind, als eine Stadt im Mittelalter sie aufwies, oder wie mancher kleine Staat sie noch vor hundert Jahren aufweisen konnte. Gewiß ist das ein trübes Bild, aber was wird weiter kommen? Ich fürchte, so lange der Kapitalismus besteht, so lange werden auch diese Kämpfe andauern. Selbst die staatssozialistische Form der Wirtschaftsweise ist kein Mittel, diesen Kampf zu beseitigen. Denn gerade bei den großen Verkehrsstreiks sehen wir die Arbeiter staatlicher Betriebe dem Staat als Unternehmer gerade so feindselig gegenüberstehen, wie in der Privatindustrie. So werden wir uns auf einen dauernden Zustand des Kampfes einrichten müssen oder auf einen bewaffneten Frieden. Die Scheu, den Kampf zu beginnen, wächst beständig. Die einzige Hoffnung für uns bleibt zunächst, daß Unternehmer und Arbeiter sich so stark gegenüberstehen, wie heute die Völker. Die gegenseitige Möglichkeit zu leben, liegt dann nur im langfristigen Arbeitsvertrage. Dieser wird zur einzigen Bürgschaft für ein leidliches Zusammengehen der beiden Parteien, auf dem nun einmal unsere Kultur einstweilen beruht.

Welchen Standpunkt nehmen wir nun zur Sozialpolitik ein? Frei ist hier die Wahl des Politikers durchaus nicht. Er kann nur den heutigen Status der Aufklärung unter den Arbeitern anerkennen; er muß mit dem gegebenen Faktor, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, rechnen. Im Interesse aller Kreise können wir nur wünschen, daß die sozialen Kämpfe milde Formen annehmen und selten zum Ausbruch kommen. Nach wie vor müssen wir die Organisation aller Arbeiter als ein erstrebenswertes Ziel betrachten. Sie bildet die Bedingung für einen bewaffneten Frieden. Die Organisation der Arbeitgeber können wir als etwas Selbstverständliches annehmen. Zwei große Gebiete sind es also, auf die sich unser Interesse erstreckt; die Entwickelung der Organisation und die staatliche und kommunale Sozial-Reform. Das Eingreifen des Staates in das Tun des Einzelnen ist allerdings nicht unbedenklich, denn wenn der Kapitalismus durch nichts Besseres, als den Bureaukratismus ersetzt wird, dann wird der Teufel durch seine Großmutter ausgetrieben. Das Eingreifen des Staates bringt die Gefahr der Ertötung des Individuums mit sich, die Gefahr der Ertötung des selbständig handelnden Menschen. Wir sehen ein riesiges Tintenfaß, in das zu fallen die Kultur Gefahr läuft. Wenn ein Zustand möglich wäre, wo jeder seinen Weg gehen könnte, so wäre dies ein Idealzustand. Aber dieser Gedanke ist eine Utopie. Die Anfüllung der Länder mit Menschen, und das Streben aller nach Gewinn, diese beiden Dinge zusammen erzeugen ein solches Durcheinander, dem gegenüber der wohlorganisierte Staat die Hände nicht in den Schoß legen kann. Das Prinzip der Arbeiterfürsorge ist unantastbar, so lange es so von Menschen wimmelt auf der Erde, so lange, bis die letzte Tonne Eisen mit der letzten Tonne Kohlen hergestellt worden ist.

Die Erfahrungen der letzten Jahre sind nicht danach, daß wir ganz mutlos in die Zukunft sehen müßten. Wenn durch all die Stürme und Angriffe der Unternehmer hindurch Posadowsky seine Stellung behaupten konnte, so beweist das, daß der Gedanke der Sozialreform nicht ohne Einfluß ist. In den letzten Jahren ist an positiver Arbeit allerdings nur wenig geleistet worden, und zum Teil erheben sich gegen das, was geschaffen wurde, prinzipielle Bedenken. Beim Kinderschutzgesetz stoßen wir zum ersten Male auf den Grundsatz, daß das Kind gegen seine eigenen Eltern zu schützen ist. Das Vordrängen der Staatsgewalt ist hier beim äußersten Punkte angelangt, bei der Familie. Man will die Familie, die Grundlage des Staates, retten, indem der Staat sich in sie hineinmischt. Bis zu welchem Abgrunde muß unsere Kultur nicht vorgerückt sein, daß dieser Schritt unternommen wurde. Hoffen wir, daß mehr nach dieser Richtung nicht nötig ist, um unsere Rasse zu erhalten.

Redner bespricht dann die Verhandlungen der Konferenz für internationalen Arbeiterschutz, die am 26. September in Bern tagte, und die zu einer Konvention führte, nach der in allen Staaten die Nachtarbeit der Frauen und die Herstellung von Streichhölzern mit weißem Phosphor verboten werden sollen. Das Hauptbindernis des Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern war bisher, daß andere Länder nicht gleichzeitig mitmachten, und daß aus diesem Grunde die Unternehmer aus den einzelnen Industrien behaupteten, sie würden konkurrenzunfähig gegenüber dem Auslande. Unmittelbar nach dieser Konferenz fand in Genf ein Delegiertentag der Internationalen Gesellschaft für Arbeiterschutz statt, von der die Gesellschaft eine Sektion bilde. Betrachtet man die Verhandlungen auch dieses Delegiertentages, dann findet man, daß die Gesellschaft für soziale Reform eine Institution ist, die den gesetzlichen Arbeiterschutz zu fördern gewillt und in der Lage ist. Auf den Konferenzen kommen Leute zusammen, die in ihren Ländern etwas zu sagen haben, und wenn Jahr auf Jahr neue Konventionen über einzelne Fragen des Arbeiterschutzes zustande kommen, so hat dies für den Fortschritt etwas zu bedeuten. Auf der Delegiertensitzung in Genf haben sich zunächst Angehörige aller Parteirichtungen für die Festsetzung eines Maximalarbeitstages auch für Männer erklärt.

Der Internationalen Gesellschaft für Arbeiterschutz sind fünf bis sechs Millionen Arbeiter angeschlossen, davon in Deutschland eine Million. Die Gesellschaft für soziale Reform bildet gewissermaßen den Kristallisationspunkt für alle sozialreformerischen Bestrebungen außerhalb der extremsten Richtungen; sie bildet gleichzeitig für die Regierung einen Rückhalt, eine Stütze gegenüber den reaktionären Strömungen.

In letzter Zeit ist eine Teilung der Arbeiterbewegung in zwei Hälften vor sich gegangen, von denen die eine sich uns fernhält und die andere sich uns anschließt. Zu bedauern ist, daß die Sozialdemokratie es ihrerseits abgelehnt hat, sich uns anzuschließen, man sagt sogar, daß wir einen Keil in die Arbeiterbewegung treiben. Vom Standpunkt der Arbeiterbewegung wäre es allerdings besser, wenn eine einheitliche Organisation vorhanden wäre; ihre Durchschlagskraft würde größer sein. Für die gegenwärtige Situation in Deutschland halte ich aber das Bestehen einer nicht sozialdemokratischen Arbeiterbewegung für einen Segen. Von Arbeitern, die in nationalen und religiösen Fragen eine andere Stellung einnehmen, als die Sozialdemokratie, ist nicht zu verlangen, daß sie den freien Gewerkschaften beitreten, die selbst anerkennen, sozialistisch zu sein. Auch bestünde die Gefahr, daß die Sozialdemokratie mehr ins reaktionäre Horn stieße, wenn Gegner nicht vorhanden wären. Die Existenz der nicht sozialistischen Gewerkschaften zwingt die Sozialdemokratie, realistische Politik zu treiben; ich kann mich darin irren, aber ich glaube, daß es so ist.

Aber auch als Selbstzweck verdient die Gesellschaft für soziale Reform gewürdigt zu werden. Blicken wir auf die im Laufe der Jahre hier in Breslau veranstalteten Versammlungen zurück, in denen bürgerliche und sozialdemokratische Redner in aufklärendem Sinne auf weite Kreise eingewirkt haben. Ein Segen, ein Akt der Befreiung ist es, daß es eine Stelle gibt, die uns hinaushebt über die Schranken der sozialen Klassen. Mancher menschliche Zug trat in unseren Diskussionen zutage. Unsere Zeit krankt daran, daß das allgemein Menschliche und Kulturelle viel zu sehr hinter die Parteiinteressen gestellt wird, und indem wir das Menschliche hervorzuheben trachten, bringen wir die sozialen Kämpfe auf ein höheres Niveau.

Redner gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck daß er in Zukunft recht oft wenigstens Berichte werde lesen können über Versammlungen die ebenso interessant verlaufen seien als die bisherigen. Er schließe, indem er die alten Freunde von Dankes grüße.

Breslauer Pranger.

Hilfeflehend und um Schutz bittend wandte sich in den Abendstunden des 23. März dieses Jahres eine Frau, der auf offener Straße der Hals mit einem Rasiermesser durchschnitten worden war, an einen Schutzmann, der an der Straßenecke Posten stand. **„Ich darf meinen Posten nicht verlassen“**, lautete die Antwort!

„Ein netter Schutzmann, ein netter Beamter, das ist doch unerhört“, äußerte sich hierüber gestern der Vorsitzende des zur Zeit tagenden Schwurgerichts, vor dem der Fall zur Sprache kam.

Wir finden das gar nicht so unerhört, wir haben an einigen Breslauer Polizisten schon schimmere Dinge erlebt. Wir vermuten stark, daß in jener Gegend, der Vorfall spielte sich in der Nähe der Bergmann- und Hermannstraße ab, Neubauten ausgeführt wurden. Da mag wohl gewiß der Schutzmann aufzupassen gehabt haben, ob nicht „Terroristen“ dort ihr Werk trieben.

Aber wenn das auch nicht der Fall war, das Schlimmste ist, daß den Schutzmann gar nicht einmal der Vorwurf einer Dienstverletzung trifft; er hat sich einfach streng an seine Instruktion gehalten. Der verknöcherte Bureaukratismus des preußischen Polizeisystems ist es, den dieser Zwischenfall wieder einmal offen vor aller Welt an den Pranger stellt. Oft genug wird das noch geschehen müssen, ehe endlich einmal mit ihm aufgeräumt werden wird. Es lebt sich wirklich herrlich im Polizeistaate Preußen!

Um was städtische Arbeiter noch bitten müssen.

Eine Versammlung der in den städtischen Gaswerken beschäftigten Handwerker hat gestern Abend beschlossen, die folgende Petition dem Magistrat zu überreichen:

Wie uns bekannt gegeben worden ist, soll die Arbeitszeit ab 1. November d. J. um 7 Uhr Morgens beginnen und um 7 Uhr Abends beendet sein.

Diese Maßnahme bedeutet für uns eine Verschlechterung, die uns bei den heutigen besonders teueren wirtschaftlichen Verhältnissen hart trifft. Denn erstens kommen wir Morgens ohne Rücksicht auf die Jahreszeit nie vor 8½ bis 9 Uhr Vormittags aus der Anstalt, zweitens haben wir durch die Verlängerung der Arbeitszeit im Winter bis 7 Uhr Abends größere Ausgaben. Denn da wir meistens im Freien arbeiten, sind wir genötigt, uns durch Einnahme heißer Getränke zu erwärmen. Drittens haben wir heute einen Nebenverdienst durch Ableistung von Wachen in den Wachtlokalen der Gaswerke, zu denen wir durchschnittlich alle 4 bis 6 Wochen herangezogen werden, und auf den wir bei unseren geringen Löhnen direkt angewiesen sind. Diese Wachen, die im Interesse des Publikums, der sogenannten Konsumenten, nötig sind, bringen uns im Durchschnitt pro Woche 7.20 bis 8.80 Mk. ein. Wie schon erwähnt, haben wir diesen Nebenverdienst durch diese Wachen aber nur alle 4—6 Wochen. Auch ist zu erwähnen, daß wir für diese Wachstunde nur den üblichen Stundenlohn ohne jeden Zuschlag, selbst nicht Sonntags bezahlt erhalten. Die Wachtzeit ist von 6—9 Uhr Abends in der Woche, von 3—9 Uhr Abends am Sonntage. Unsere Löhne betragen bei den gelernten Arbeitern, Handwerkern, Feldschmieden, Schlossern rc. 30 Pfg. pro Stunde Anfangslohn und steigen im Durchschnitt bis 50 Pfg. die Stunde. Die ungelernten Arbeiter — Reparaturarbeiter — Feldschmiedegehilfen, Füller rc. erhalten 20 Pfg. pro Stunde Anfangslohn und steigen bis höchstens 35 Pfg. die Stunde. Die genannten Höchstlöhne bei beiden Kategorien werden aber erst nach mindestens zehnjähriger Dienstzeit erreicht.

Unsere Wünsche gehen dahin:

Eine allgemeine und durchgreifende Verbesserung der Löhne vorzunehmen, zu deren Begründung wir auf die Verteuerung aller Lebensmittel hinweisen. So betrugen z. B. laut Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Breslau die Preise für Schweinefleisch im Jahre 1901 71 Pf., im Jahre 1905 aber 83 Pf. pro Pfund und jetzt 82 Pf. Das Kalbfleisch kostete im Jahre 1901 und 1905 87 Pf. Das Schweinefett stieg von 85 Pf. pro Pfund im Jahre 1901 auf 94 Pf. im Jahre 1905. Die Kartoffeln kosteten der Zentner im Jahre 1901 1.90 Mk. und stiegen auf 2.59 Mk. im Jahre 1905. Ebenso verhält es sich mit den Mieten, die um 12 bis 24 Mk. von 1901 bis 1905 durchschnittlich gestiegen sind.

2. Auf Einführung der Neunstundenschicht.

Vom 1. Oktober bis 31. März von 7 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags.

Zur Begründung dieser Forderung verweisen wir auf die überaus gute Erfahrung, welche die Stadt Königsberg damit gemacht hat und die Breslau gleichfalls haben dürfte. Herr Oberbürgermeister Körte aus Königsberg unser früherer Stadtkämmerer hat in der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung die gemachten Erfahrungen im Bericht zum Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Königsberg 483-04 niedergelegt.

3. Wünschen wir bei Ableistung der Wachen die Einführung von Ueberstunden-Zuschlägen und zwar bei Ueberstunden an Sonntagen 33⅓ Prozent, in der Woche 25 Prozent zu dem üblichen Stundenlohne.

Schließlich bitten wir bis zur Erfüllung unserer Forderung die bestehende Arbeitszeit beizubehalten und uns eine Teuerungszulage von je 30 Mark zu gewähren.

Dieses unser ergebenes Gesuch richten wir an die hochwohllöbliche Betriebs-Deputation mit der Bitte um baldmögliche Erledigung und beauftragen wir unsere Vertreter im Arbeiterausschuß die gestellten Wünsche noch eingehender zu begründen.

In der Hoffnung auf baldige Erfüllung unserer Bitte schließen wir

Hochachtend und ergebenst
die Handwerker, Feldschmiedenschlosser, Reparaturarbeiter, Feldschmiedengehilfen und Füller der Gaswerke Breslaus
A. A.:
Die Vertreter der obengenannten Kategorien
im Arbeiterausschuß.

Um die Erfüllung solcher Wünsche müssen Arbeiter einer Kommune, die sich bisher immer mit so viel Stolz eine freisinnig verwaltete nannte, erst bitten! Es wird wirklich Zeit, daß mehr Sozialdemokraten in unser Stadthaus einziehen, die allein durch ihre schonungslose Kritik der städtischen Verwaltungsmaßnahmen Bürgschaft für eine Besserung der herrschenden Zustände bieten.

Vom Kleinbetrieb.

In der Sitzung des Breslauer Gewerbegerichts vom 18. d. Mts. lag ein Streitfall zur Entscheidung vor, der zeigt, daß es den Arbeitern nicht möglich ist, bei einem Kleinmeister auskömmlichen Lohn zu verdienen, andererseits die Lehrlingszüchterei in ein recht grelles Licht stellt. Als Kläger trat ein junger Drechslergeselle auf, der vom Meister, bei dem er vom 26. September bis 6. Oktober gearbeitet, ein Restlohn von 15 Mk. fordert. Die Verhältnisse müssen anscheinend bei dem Meister recht kläglich liegen, vielleicht hat er selbst mit großen Sorgen zu kämpfen. Er fertigt für einen Tischler- oder Zimmermeister Treppentraillen und zu dieser Arbeit braucht er einen Gehilfen. Für ein solch kleinen Betrieb sind erklärlicherweise eingerichtete Drechsler nicht zu erreichen und so ist der Meister schon zufrieden, wenn er überhaupt einen Gesellen bekommt. Vom 26. September bis 1. Oktober hatte der junge Mensch weiter nichts zu tun, als Gänge zu laufen, die Werkstatt in Ordnung zu bringen usw., aber vom 1. Oktober erhielt er Arbeit im Akkord und zwar, wie bereits erwähnt, Treppentraillen, er sollte davon 60 bis 70 fertig stellen und pro Stück 22 Pfennig erhalten. Für die ganze Zeit seiner Beschäftigung beim Meister erhielt der Geselle einmal 3 Mk. und das andere Mal 5 Mk., zusammen 8 Mk. Mit diesen paar Groschen mußte der Geselle ca. 14 Tage sein Leben fristen. Er stellte die Arbeit ein und klagte um einen Lohnrest. Der biedere Meister war ganz empört über ein solches Verlangen: „Der Mensch will noch 15 Mk. haben und hat nicht einmal so viel verdient, als er bekommen.“ Ich soll, bemerkte der Meister, dem Kläger 25 Pf. pro Stunde bezahlen, die Arbeit sei aber noch nicht 10 Pf. wert gewesen. Zum Beweise für seine Behauptung berief er sich auf einen Kollegen, einen älteren Drechslermeister, der die Angaben des Beklagten bestätigte, die Arbeit, die er besichtigt, sei sehr schlecht, sie rühre von einem Anfänger her. Wir wollen die Sache nicht zu sehr ausdehnen, das Gewerbegericht verurteilte den Meister zu einer Lohn-Nachzahlung von 5 Mk. Wenn auch die Arbeit mangelhaft sei, so seien 8 Mk. doch keine Bezahlung für einen Gesellen für fast 14tägige Arbeitsleistung. Zu bemerken ist, daß der Kläger eine 4jährige Lehrzeit durchgemacht hat. Solche Zustände zeitigt die Lehrlingszüchterei, die Lehrlinge werden im Uebermaß ausgebeutet, mangelhaft ausgebildet und wenn sie frei werden, auf die Straße gesetzt, dann sollen sie sich ihr Brot verdienen!

Eine öffentliche Wählerversammlung für die Scheitniger Vorstadt (32. Wahlbezirk) findet Dienstag, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr im „kühlen Strand der Oder“ statt. Der Kandidat des Bezirks, Redakteur Robert Albert hält einen Vortrag über das Thema: Der Kampf um das Breslauer Rathaus. Es wird gebeten, alles aufzubieten, um immer weitere Kreise für die Tätigkeit der Sozialdemokratie zu interessieren und auch diese Versammlung wieder in Massen zu besuchen. Eintritt frei. Frauen haben Zutritt.

* **Zur Köpenicker Räuber-„Hauptmannsaffäre“** erfährt die „Bresl. Ztg.“ noch, daß der in Bismarckfelde bei Rothsürben festgenommene verdächtige Mann, der sich für den Techniker Grashoff aus Chemnitz ausgibt, in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden ist, und daß die hiesige königl. Staatsanwaltschaft von seiner Festnahme Meldung an die königl. Staatsanwaltschaft beim Landgericht II in Berlin erstattet hat. Es bleibt nun abzuwarten, ob diese die Ueberführung des Verdächtigen nach Berlin verlangt oder seine Identität mit dem Räuber-Hauptmann hier prüfen lassen will.

Der Breslauer Polizeibericht schreibt: Bei den Nachforschungen nach dem frechen Kassenräuber in Köpenick ist es der Behörde erwünscht, daß das Publikum die Polizei in jeder Richtung unterstützt. Dagegen ist es für den Fortgang der Ermittelungen dringend notwendig, daß nicht fortgesetzt ganz unnötige Mitteilungen an die Behörde gelangen. Diese auf keinerlei Tatsachen beruhenden Mitteilungen verursachen den Behörden nur Schwierigkeiten. Das Signalement des Kassenräubers ist seinerzeit ganz genau bekannt gegeben worden.

* **In eigener Sache.** Wir hatten seinerzeit aus einer Quelle, gegen die nach unseren Erfahrungen ein Bedenken gegen ihre Glaubwürdigkeit nicht vorlag, die Mitteilung geschöpft, daß der Arbeiter Runge, der Kronzeuge im Hirschprozeß, seinen Vater wegen Majestäts-Beleidigung denunziert habe. Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung im Hirschprozeß stehen wir nicht an, zu erklären, daß nur die Absicht einer Denunziation vorgelegen hat, daß es aber zur Ausführung nicht gekommen ist.

* **Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunal-Politik und Gemeindesozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Südekum, Berlin W., Verlag Paul Singer, Berlin.

In der Zeit beständig steigender Lebensmittelpreise werden die Gemeinden, ob sie wollen oder nicht, immer entschiedener auf die Pflicht hingedrängt, die Nahrungsmittelversorgung ihrer Bevölkerung selbst zu regeln. Was z. B. auf dem Gebiete der Milchversorgung geschehen kann — die Milch steigt überall im Preise! — lehrt ein Artikel von Wilhelm Kolb im neuesten Hefte der „Kommunalen Praxis“ über die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe. Wir empfehlen ihn allen Interessenten zum genauen Studium.

Aus dem übrigen reichen Inhalte der Zeitschrift heben wir den Bericht über eine Rede des Reichstagsabgeordneten Doktor Lindemann auf dem letzten Württembergischen Parteitage hervor, in der er ausführte: „Für eine größere Verbreitung der „Kommunalen Praxis“ muß mit allen Mitteln eingetreten werden. Dazu gibt es verschiedene Wege.“

Diese Mahnung, der wir uns anschließen, gilt nicht nur für Württemberg, sondern auch für — anderswo! Wir empfehlen denen, die sich für die Gemeindepolitik interessieren — und welcher Parteigenosse täte das nicht? — sich eine Probenummer (gänzlich kostenlos) vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 10, kommen zu lassen; sie werden dann sehen, daß wir darin für die Propaganda unserer kommunalpolitischen Grundsätze ein treffliches Hilfsmittel haben.

Die Reorganisation des Vorortverkehrs.

Am vorigen Sonnabend trat im Rathause zu Pankow die angekündigte Konferenz in Sachen des Vorortverkehrs zusammen. Vertreten waren die Vororte von Breslau, Frankfurt a. M., Köln, Magdeburg und Königsberg. Die Wünsche dieser Vertreter für die dringend notwendige Reorganisation des Vorortverkehrs verdichteten sich in folgender Resolution:

„Die im Rathaus Pankow bei Berlin am 20. Oktober 1906 versammelten Vertreter von Vorortsgemeinden nehmen von den seit der vorjährigen Versammlung erreichten Verbesserungen des Vorortverkehrs, insbesondere von dem Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten über den Nahverkehr vom 18. Juli 1906, Kenntnis; sie sagen dem Herrn Minister für seine Erklärung, daß der Nahverkehr in Bezug auf die Verbesserung der Fahrpläne mehr als bisher gepflegt werden soll, Dank und richten an ihn die Bitte, auch in der Frage der Tarifermäßigung im Vorortverkehr den Wünschen der Vororte entgegenzukommen, indem 1. die Preise für die Einzelfahrkarten ermäßigt, 2. Fahrkarten zum Preise der Sonntagsfahrkarten auch einmal in der Woche ausgegeben werden und die Gültigkeit der Sonntags-Fahrkarten auch in der Richtung nach den Großstädten zugelassen wird.“

Aus den Gerichtssälen.

Ein Familiendrama

beschäftigte gestern wieder das Breslauer Schwurgericht. Wegen versuchten Mordes an seiner Ehefrau hatte sich der 37 Jahre alte Kaufmann Max Hoja zu verantworten. Der Angeklagte ist ein mehrfach vorbestrafter Mensch, der eine Zeit lang auch bei der französischen Fremdenlegion in Algier gedient hat. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland setzte er seine Verbrecherlaufbahn fort, und zuletzt wurde er in Meinz zu 15 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Nach Verbüßung dieser Strafe kam er im Jahre 1904 nach Breslau, wo sein Bruder damals Hotelbesitzer war. Hier verliebte er sich in ein junges Mädchen, das von seinem Bruder geschwängert worden war, und heiratete es unter dem Einfluß seines Bruders. Die Schwiegermutter und sein Bruder gaben das Geld her zur Errichtung eines Kolonialwaren-Geschäfts mit Schankkonzession auf der Gabitzstraße. Von der erlittenen Zuchthausstrafe hatte er weder seiner Braut, noch seinen Schwiegereltern vor der Hochzeit etwas gesagt. Das Geschäft wurde auf seine Veranlassung hin auf den Namen seines Schwiegervaters geführt, indem er diesem sagte, er könne keine Konzession erlangen, weil er noch nicht zwei Jahre in Breslau sei. Der wirkliche Grund war, daß er noch unter Polizeiaufsicht stand.

Das Geschäft ging anfänglich gut, kam dann aber immer mehr zurück, da Hoja sich dem Trunke ergab. Nebenher plagte ihn die Eifersucht und trieb ihn immer aufs neue zur Flasche, bis er schließlich infolge Alkoholvergiftung in ein Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Während der Zeit kehrte seine Frau zu ihren Eltern zurück, die auf der Liebigstraße wohnen, und da sie inzwischen von der Zuchthausstrafe erfahren hatte, die ihr der Mann vor der Hochzeit verschwiegen hatte, beantragte sie die Ehescheidung. Das Geschäft übernahm sein Schwager.

Nach der Rückkehr aus dem Krankenhause mietete sich Hoja eine Schlafstelle auf der Enderstraße, und machte von hier aus verschiedene Annäherungsversuche an seine Frau. Diese wollte aber von ihm nichts wissen. Einmal traf er aber mit seiner Frau in einem Cafe zusammen und drohte dort, sie zu erstechen, was einen Strafantrag zur Folge hatte. Später wurde er durch eine Postkarte nach der Wohnung der Schwiegereltern geladen. Man wollte den Strafantrag zurücknehmen, für den Fall er ein Schriftstück unterzeichne, in dem er zugeben sollte, daß er seine Zuchthausstrafe vor der Hochzeit verschwiegen habe. Man kam überein, dieses Schriftstück bei einem Rechtsanwalt ausfertigen zu lassen, der die Ehescheidungsklage der Frau führte. Am 23. März dieses Jahres begab man sich dorthin. Hoja hatte seinem Bruder ein Rasiermesser entwendet und trug es in der Tasche, mit der Absicht, seine Frau und später sich selbst damit abzuschlachten. Der Rechtsanwalt wies die Parteien mit ihrem Anliegen an das Gericht.

Vom Rechtsanwalt begaben sie sich noch einer Restauration, später bestieg dann die Frau mit ihrer Tochter die Elektrische Straßenbahn, um nach Hause zu fahren. Hoja schloß sich ihnen an, obwohl ihm wiederholt gesagt wurde, er möge sie verlassen. Am Trebnitzer Platze verließen alle drei den Wagen und Hoja trennte sich von den beiden Frauen. An der Ecke der Bergmann- und Hermannstraße merkten diese aber, daß Hoja ihnen folgte. Es war gegen sieben Uhr Abends; die Straße war dunkel und menschenleer. Hoja stürzte sich auf seine Frau, faßte sie hinten am Kragen und mit dem Messer führte er einen Schnitt nach ihrem Halse. Mit ihrer Hand suchte sie das Messer abzuwehren. Dabei wurden ihr drei Finger durchschnitten, das Messer verfehlte aber demzufolge die Schlagader am Halse und verursachte nur noch in der Kinngegend eine tiefe Wunde. Das Messer entfiel dem Angreifer. Er hob es aber rasch auf und versuchte einen neuen Angriff, der von der Schwiegermutter abgewehrt wurde. Die Verletzte floh. Bald traf sie auf einen Schutzmann, den sie um Schutz bat. Dieser erklärte aber voll Seelenruhe, er dürfe seinen Posten nicht verlassen.

Zunächst suchte nun die Verletzte die Irrenanstalt auf der Einbaumstraße auf, wo ihr die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Die weitere Behandlung erfolgte im Allerheiligen-Hospital. Festgestellt wurde, daß der Schnitt dicht an der Schlagader vorbeigegangen war. Wäre diese getroffen worden, hätte der Tod bei nicht sofortiger ärztlicher Hilfe infolge rascher Verblutung eintreten müssen. Der Angeklagte will die Tat in einem Anfalle von Geistesstörung getan haben, die Sachverständigen-Gutachten geben hierfür jedoch nicht den geringsten Inhalt. Die Geschworenen bejahten die Frage nach Mordversuch. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus, acht Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Von der Gesindeklaverei.

Der Regierungspräsident zu Magdeburg als Beschwerdeinstanz hatte eine gesindepolizeiliche Verfügung gebilligt, durch welche dem Dienstmädchen Hedwig Minke aufgegeben worden war, in den Dienst beim Freigutsbesitzer Schlüter in Schernke zurückzukehren, den sie widerrechtlich vor dem Vertragsablauf verlassen habe. Herr Minke aus Oschersleben klagte nunmehr als Vertreter seiner minderjährigen Tochter gegen den Regierungspräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht, mit der Begründung, daß wegen des Essens seine Tochter Grund gehabt habe zum Verlassen des Dienstes und daß andererseits Herr Schlüter sein Einverständnis mit ihrem Weggange ausgesprochen hätte. Das Gericht beschloß Beweiserhebung. Sämtliche Zeuginnen, die vom Amtsgericht vernommen wurden, stimmten nun in ihren Aussagen darin überein, daß zur Dienstzeit des Fräulein Minke das Essen öfter angebrannt gewesen sei. Anna Bruske meinte sogar, zwei- bis dreimal die Woche sei es der Fall gewesen, und zwar so, daß man es nicht hätte genießen können. Diese Zeugin hat auch einmal schlechtes Fleisch genossen, das schon mehrere Tage auf dem Herde gestanden hatte. Sie mußte sich übergeben und war acht Tage unpäßlich. Die andern aßen nicht davon. Eine andere Zeugin sprach von häufiger Verbrennung angebrannten Essens; mindestens einmal wöchentlich sei es im Durchschnitt vorgekommen. Manchmal wäre das Angebrannte zu genießen gewesen. Eine dritte Zeugin „entsinnt sich nicht“, ob das angebrannte Essen „direkt ungenießbar“ gewesen sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage ab. Es nahm zunächst auf Grund der Beweiserhebung an, daß Schlüter nicht bedingungslos mit dem Weggehen der Klägerin einverstanden gewesen sei. Die Bedingung: „wenn er ein anderes Mädchen hätte“, sei aber nicht erfüllt gewesen. Es habe auch kein Grund zum Verlassen des Dienstes vorgelegen. Daß das Essen unbrauchbar gewesen wäre, sei nicht erwiesen (!) wenn es auch zuweilen angebrannt war. Es stehe nicht fest, daß das Mädchen etwa Hunger gelitten hätte.

Aus Schlesien und Posen.

Wie es mit den Arbeiterlöhnen in Oberschlesien

im Wirklichkeit aussieht, dafür erhält man eine neue Illustration durch die „Arbeitsmarkt-Korrespodenz“ des Herrn Dr. Jastrow, der ja bekanntlich eine ziemlich unbefangene Stellung gegenüber der Arbeiterbewegung einnimmt. Dr. Jastrow legt seinem Artikel die Lohnverhältnisse auf der Vereinigten Königs- und Laurahütte zu Grunde. Er führt unter anderem aus:

„Da sich aus der Bewegung der Löhne auf den Werken der Laurahütte einigermaßen die Tendenz erkennen läßt, nach der sich auf dem Arbeitsmarkt der oberschlesischen Montan-Industrie die Löhne richten, so dürfte es gerade gegenwärtig von Interesse sein, für einige Jahre die Gestaltung der Löhne auf den Werken der Laurahütte zu verfolgen. Obgleich die Erzeugung der Werke im Geschäftsjahr 1905/1906 merklich größer war als im Jahre zuvor, ist doch die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen. Sie betrug nur 22,154 Köpfe, wobei auch die Beamten und Meister mitgerechnet sind. Im Jahre 1904/05 hatte sie 22,224 betragen, also 70 Köpfe mehr. Unter dieser Gesamtzahl waren 1573 weibliche sowie 1607 jugendliche Arbeitskräfte und Invalide. Seit 1898/99 ist nur in dem Krisenjahre 1902/03 die Arbeiterzahl zurückgegangen. Der damalige Rückgang war die Folge des geringeren Beschäftigungsgrades, während der Rückgang im Jahre 1905/06 offenbar auf Verbesserungen im Produktionsprozesse zurückzuführen, durch die menschliche Arbeitskraft gespart wird. An sämtliche Beschäftigte wurde 1905/06 als Gesamtlohnsumme ein Betrag von 19,471,181.39 Mk. verausgabt, sodaß durchschnittlich auf den Kopf 878.90 Mark entfielen. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Arbeiter auf den deutschen Werken betrug unter Einrechnung der Arbeiter, die in Laurahütte in ihren landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, 1062.32 Mk. bei den männlichen, 841.89 Mk. bei den weiblichen und 454.82 Mk. bei den jugendlichen Arbeitern und Invaliden. Zweifellos ist der Verdienst der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte äußerst gering. Wie stark er durch die niedrigen Löhne in den landwirtschaftlichen Betrieben beeinflußt wird, läßt sich nicht feststellen. Immerhin kann die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte des Werkes nicht gering sein; denn die landwirtschaftlichen Immobilien sind in der Bilanz mit mehr als 2 Millionen Mark aufgeführt. Die Abteilung Landgüter umfaßt die Gutsbezirke Siemianowitz, Maczeikowitz und Czerwionka, sowie das Rittergut Nieder-Heiduk.

Ob die Löhne des Jahres 1905/06 dem Niveau der Warenpreise entsprechend gestiegen sind, soll hier nicht untersucht werden. Dagegen ist der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters der höchste seit 1898/1899. Denn er stellte sich in den einzelnen Jahren wie folgt:

	Mark
1898/99	839.24
1899/1900	861,20
1900/01	861,89
1901/02	835,78
1902/03	827,51
1903/04	848,48
1904/05	835,29
1905/06	878,90

Die Lohnhöhe während der vorigen Aufschwungsperiode ist jedenfalls überschritten. Der günstigste Stand wurde damals im Jahre 1900/1901 verzeichnet. Dagegen hat die Dividende die Höhe der früheren Jahre noch nicht erreicht. Sie betrug in den beiden Jahren 1899/1900 und 1900/1901 16 beziehungsweise 14 Prozent, während sie im abgelaufenen Jahre 12 Prozent betrug. Ein Prozent Dividende macht 270,000 Mark aus oder für den Beschäftigten rund 12 Mk. Gegen 1904/05 erhöhte sich die Lohnsumme um 907,725.60 Mk., was an der Dividende gemessen zwischen vier und fünf Prozent ausmachen würde; am Arbeitsverdienst gemessen beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr etwa 5,6 Prozent. Von der Brutto-Bareinnahme in Höhe von 5918 Millionen Mark im Jahre 1905/06 betrug die Lohnsumme rund 23 Prozent. Entspricht die Bewegung der Löhne auf den anderen Werken der oberschlesischen Montanindustrie einigermaßen der auf den Anlagen der Laurahütte, so kann daraus geschlossen werden, daß der Grad der Lohnsteigerung 1905/06 im oberschlesischen Bezirke etwas günstiger sich stellt als in den anderen Montanbezirken des Reiches. Zu berücksichtigen bleibt dabei allerdings, daß 1904/05 der durchschnittliche Jahresverdienst eine auffällige Abnahme aufzuweisen gehabt hatte.“

Die kapitalistische Presse, allen voran die „Schles. Ztg.“, hat die Kühnheit, aus dem vorstehenden Zahlenmaterial die für die Unternehmer günstigen Momente zu ziehen und die zu ihren Ungunsten sprechenden Zahlen einfach zu ignorieren. Das ist ja eine wohlfeile und bekannte Gepflogenheit der Unternehmerpresse, über die wir uns gar nicht aufregen. Aber es mag doch folgendes an dieser Stelle festgestellt werden: Herr Dr. Jastrow hebt hervor, daß der Durchschnittslohn 1905-1906 878.90 Mark betrug, während er auf deutschen Werken sogar 1062.32 Mark betragen hat. In Oberschlesien sind die Lohnverhältnisse also besonders niedrige. Außerdem muß Dr. Jastrow feststellen, daß der Jahresverdienst 1904/1905 eine auffällige Abnahme aufzuweisen hat und die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeiter äußerst gering sind. Daß die Dividende für die Unternehmer und Aktionäre nicht gestiegen, sondern um 2 bis 4 Prozent gesunken ist, ist sehr unerheblich, zumal die Steigerung der Löhne von 1898-1899 bis 1905-1906 auch nur knapp 40 Mark pro Jahr und Kopf beträgt. Mit Durchschnittslöhnen von ca. 880 Mark pro Jahr und Kopf läßt sich wahrhaftig nicht renommieren, umso weniger, wenn man bedenkt, unter was für schweren und gefahrvollen Verhältnissen der Bergarbeiter schaffen und mit dem Hungerlohne meistens noch eine Familie ernähren muß. Es kann aber weiter gesagt werden, daß die Löhne nicht so gestiegen sind, wie es angesichts der Verteuerung aller Lebensmittel notwendig gewesen wäre. Dr. Jastrow läßt übrigens die Frage, ob die Löhne des Jahres 1905-1906 dem Niveau der Warenpreise entsprechend gestiegen sind, ununtersucht. Wir können diese wichtige Frage im Augenblick weder bejahen noch verneinen, bezweifeln aber das erstere. Es gehört eine gute Portion Unverfrorenheit dazu, mit dem von Dr. Jastrow veröffentlichten Zahlenmaterial hausieren zu gehen. Die Profite der Unternehmer und die Faulenzerdividende der Aktionäre sind mit den Arbeiterlöhnen weder relativ noch absolut zu vergleichen. Die Arbeiter werden nach wie vor an ihrer Organisation festhalten und diese ausbauen müssen, sollen erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse platzgreifen.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien

ist für den Augenblick wieder beendet. Nur noch ein paar Leute fehlten in der Neuhofgrube beim letzten Schichtwechsel. Natürlich hat der wilde Streik der Unorganisierten auf jenen vereinzelten Gruben nichts gebracht, die Verwaltung hat, nachdem der erste Schreck überwunden, die Forderungen der Arbeiter garnicht mehr beachtet. Nunmehr jammern auch die polnischen Blätter über den unbedachten Schritt der Streikenden. Der „Polak“ des Herrn Korfanty sagt: „Liebe Brüder! Vergeßt doch nicht, daß Ihr ohne Organisation nichts erlangen könnt und immer in Not bleibt. Tretet deshalb dem Verein zur gegenseitigen Hilfe in Beuthen bei.“ Was diese Sterbe-Unterstützungskasse mit 80 Pfg. Monatsbeitrag den Bergarbeitern nützen könnte, weiß Herr Korfanty natürlich selbst nicht. Ihm kommt es nur darauf an, am Feuer der wirtschaftlichen Not seiner „Brüder“ seine Parteisuppe zu kochen. Den Arbeitern ernstlich zu helfen, dazu ist dieser Demagoge weder bereit, noch selbst fähig. Er kann nur die Arbeiter zersplittern, durch nationale Streitereien auseinander halten und damit ohnmächtig machen. Daß auf Neuhofgrube wie den anderen Erzgruben der Streik beendet ist, sagt noch nicht, daß er in Oberschlesien überhaupt überwunden ist. Jeden Augenblick kann er auf anderen Gruben ausbrechen und zwar auf Kohlengruben. Die Arbeiter sind überall erbittert über den niedrigen Lohn, der jetzt um so mehr empfunden wird, als alle Lebensmittel im Industriebezirk gegenwärtig außerordentlich hoch im Preise stehen. Die rechnerischen Kunststücke, die die vom Grubenkapital beeinflußte Presse produziert, um zu beweisen, daß die Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien ganz erheblich gestiegen sind, können die Bergarbeiter natürlich nicht beeinflussen, denn sie fühlen am eigenen Leibe, wie es damit steht. Charakteristisch für die herrschende Stimmung ist zum Beispiel der Umstand, daß eine am letzten Sonntag im Roßberger (Beuthener) Gewerkschaftslokal tagende, sehr stark besuchte Bergarbeiter-Versammlung entgegen den Beschlüssen der Siebenerkommission nicht mit einer 15prozentigen Lohnerhöhung sich zufrieden erklärte, sondern eine 20prozentige für das Mindeste, das gefordert werden müsse, erklärte. Und so wie jene Versammelten denken zehntausende oberschlesischer Bergarbeiter!

Aus dem Junkerparadiese.

Aufsehen erregte vor einigen Monaten der auf dem Gute Georgendorf bei Steinau an der Oder plötzlich erfolgte Tod der galizischen Arbeiterin Polak. Man führte den Tod auf die Züchtigungen zurück, welche die Polak zu verschiedenen Malen und auch kurz vorher von dem Gutsinspektor Rindfleisch erhalten hatte. Letzterer wurde auch wegen des Verdachts der Körperverletzung mit Todeserfolg in Untersuchungshaft genommen, aber wieder entlassen, nachdem die Aerzte festgestellt, daß jene Züchtigungen nicht die unmittelbare Todesursache gewesen, die Polak vielmehr schon krank gewesen sei. Dabei kamen auch noch verschiedene andere Züchtigungen zur Sprache, wegen deren gleichfalls Anklage erhoben wurde. In der Verhandlung vor der Strafkammer zu Glogau, die dieser Tage stattfand, erklärte Rindfleisch, daß er die Leute eines Gutes wie eine Familie betrachte, die geringen Züchtigungen, zu denen er sich berechtigt hielt, seien nur erfolgt, wenn die Leute das Vieh schlecht behandelten. Der Vorsitzende erklärte, das sei das erste mal in seiner langjährigen Tätigkeit, daß ein Gutsinspektor wegen Körperverletzungen in solchem Umfange, — 11 Fälle — sich zu verantworten habe. Die Verhandlung war deshalb so langwierig, weil der größte Teil der Zeugen durch den Dolmetscher gehört werden mußte. Schließlich wurde Rindfleisch, der sechs Mal mit geringen Geldstrafen, darunter drei Mal wegen Körperverletzung, vorbestraft ist, zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt; der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Der Mann kann von Glück sagen: er fand sehr milde Richter. Aber köstlich ist es doch zu sehen, mit welcher Dreistigkeit sich der Junkergehilfe für berechtigt hielt, die Männer und Frauen zu peinigen. Die Leute eines Gutes betrachtet er wie eine große Familie — aber sie müssen sich prügeln lassen! So wie dieser edle Mann, denken die Gutsherren und Inspektoren fast alle. Aber wer wundert sich noch, wenn angesichts solcher Behandlung die Landarbeiter die Scholle verlassen und in die Großstädte strömen? Der vorliegende Fall ist ein drastischer Beleg zu dem Thema: Landarbeiterelend.

Von der Gröditzburg.

Man schreibt dem „Boten a. d. R.“: An einem der letzten schönen Herbsttage pilgerte ich nach der Gröditzburg, das erste Mal in diesem Jahre, um alle die Veränderungen zu sehen, von denen die Zeitungen schon so manches berichtet. Aus der Ferne merkte man, daß sich das Profil der eigentlichen Burg verändert hat, denn man sieht das Hervortreten einzelner neuer Teile. Oben angelangt, traf ich zahlreiche Arbeiter und Steinmetzen bei ihrer Arbeit. Erstere waren meist auf der südlichen Seite beschäftigt, wo der alte Burggraben vom Schutt gereinigt und über welchen später die Zugbrücke wieder angebracht werden soll. Ferner wurde am Wartturm und am Hauptgebäude fleißig gearbeitet; ersterer soll seine frühere Höhe erreichen, letzteres geht in seinem Aeußeren seiner Vollendung entgegen und bietet bei seiner grauen Färbung den Anblick eines alten Schlosses. Obwohl ich jeden Sommer die Burg besucht, so kann ich doch jetzt nicht mehr angeben, wo die alten Baulichkeiten, die Ruinen, aufhörten und die Nachbildungen anfangen. Uebrigens ist der Zutritt zu den Baustellen verboten, so daß der Besucher in seiner Bewegungsfreiheit ziemlich beengt ist. Einen ganz altertümlichen Eindruck macht das Restaurationslokal, das, abgesehen von Kleinigkeiten, in gotischem Stile renoviert worden ist. Die Mauern sind so stark, daß in den beiden Fensternischen je ein längerer Tisch Platz hat; in der einen Ecke steht ein 200 Jahre alter Ofen, der früher im neuen Schlosse seinen Platz hatte, und das Möblement erinnert ganz an die Bilder von alten Wohnräumen mittelalterlicher Burgen. Was ich bis jetzt gesehen, macht dem Leiter, Herrn Architekt Ebhardt, dem Wiedererbauer der Hohkönigsburg, alle Ehre. Jedoch gibt es viele Personen, die wie der Schreiber dieser Zeilen, zufrieden gewesen wären, wenn man den verdeckenden Schutt entfernt und die Ruine in dem bisherigen Zustande erhalten hätte. Befand man sich früher auf dem Burghof des Gröditz, so wird man später nur von einem Schloßhof reden können, und ob sich alle dort so wohl fühlen werden wie früher, dürfte fraglich erscheinen.

—y. **Brieg**, 24. Oktober. Der Kampf um die Säle hält immer noch an. Die Saalbesitzer weigern sich, den Arbeitern die Säle zu übergeben, wenngleich sie selber angeben, große Verluste durch das Fernbleiben der Arbeiterschaft zu haben. Man hatte im Gastwirtsverein beschlossen, daß kein Saalbesitzer seinen Saal den Arbeitern geben soll. Wer es doch tue, müsse Strafe zahlen. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit? Das „Deutsche Haus“ hatten sich die Arbeiter einer hiesigen Fabrik ausersehen um ein Fest abzuhalten. Nun waren aber, wir können es bestimmt sagen, gut die Hälfte Sozialdemokraten und Herr Bürgel hat keinen herausgeworfen. Er duldete sie alle, denn das Geld der Arbeiter ist ihm die Hauptsache. Es wäre doch entschieden besser, die Wirte würden endlich einsehen, daß sie sich selber schädigen und deshalb die Säle den Arbeitern übergeben. Der Besuch in den fünf in Betracht kommenden Sälen war ein normaler. So konnten wir im „Weinberge“ als Höchstzahl 70 Mädchen, 60 Soldaten, 15 Zivilisten feststellen. Im „Kruge“ waren zirka 30 Mädchen, 50 Soldaten, 20 Zivilisten anwesend. In der „Kaiserhalle“ waren 65 Mädchen, 30 Zivilisten und 30 Soldaten, bei Hitze ungefähr 25 Soldaten, 10 Mädchen und 6 Zivilisten und im „Wintergarten“ konnten wir trotz der guten Musik nicht mehr als 3 Zivilisten, 6 Soldaten und 1 Mädchen zählen.

Wenn auch das gesamte Bild zufriedenstellend ist so muß aber noch mehr in dieser Hinsicht geschehen. Es fehlten an diesem Sonntage wiederum einige Gewerkschaften und werden in Zukunft alle diejenigen, welche keine Mitglieder stellen, veröffentlicht. Hoffentlich kommen dann diese saumseligen Mitglieder zur Einsicht, daß auch sie ihre Pflicht erfüllen müssen.

—m. **Liegnitz**, 25. Oktober. Zur Lohnbewegung der Arbeiter der Pianoforte-Fabrikation ist zu berichten, daß für die Arbeiter überall Erfolge erzielt wurden. Mit geringen Ausnahmen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und eine Erhöhung des Lohnes um durchschnittlich 10 Prozent bewilligt. Die Forderungen wurden überall im Verhandlungswege errungen. Nur bei der Firma Sponagel kam es am letzten Freitag zur Arbeitseinstellung; sämtliche Arbeiter, von denen ein großer Teil nicht organisiert ist, legten einmütig die Arbeit nieder. Die Firma sah sich deshalb veranlaßt, schon nach einigen Tagen mit den Arbeitern Unterhandlungen anzubahnen, obwohl sie noch einige Tage vorher den Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes brüsk behandelte. Die Verhandlungen sind heute zum Abschluß gelangt, nachdem die Firma die Forderung der Arbeiter in ihren wesentlichsten Teilen bewilligt hatte. Heute erfolgt bereits die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeiter in der Pianofortefabrikation haben, dank der äußerst günstigen Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt, gute Erfolge erzielt, möchten sie nun auch alle dem Holzarbeiter-Verbande beitreten, um sich diese Erfolge zu erhalten und neue zu erringen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Im Gasthof „Zum grünen Adler“ in **Jauer**, der gleichzeitig als Gewerkschaftshaus dient, wurde am Dienstag ein Diebstahl verübt, in dem eine größere Summe Geldes erbeutet wurde. Die Diebe besaßen sogar die Kühnheit, sich ein gemütliches Nachtessen zu bereiten, indem sie Fleisch und Kaffee kochten und selbiges in aller Seelenruhe verzehrten. Ferner entwendeten sie mehrere Kisten Zigarren und eine Mettwurst. — Zum Felssturz auf der Zahnradstrecke der Eulengebirgsbahn wird gemeldet, daß die vorgenommenen technischen Untersuchungen ergaben, daß möglicherweise noch 300 bis 400 Kubikmeter Gestein nachgestürzt kommen. Demnach dürfte die Verkehrsstörung mindestens eine Woche dauern. Bis dahin wird der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten. — In **Voigtsdorf** bei Warmbrunn brannte das dem Webereibesitzer Besser daselbst gehörige Wohnhaus bis auf die Umfassungsmauer nieder. Die neben dem Hause stehende Scheune konnte erhalten werden. — In **Wiesa**, Kreis Lauban, ist ein scheußliches Verbrechen verübt worden. Die auf dem Dominium beschäftigten galizischen Kutscher Andreas und Smieglacz gerieten, nach dem „N. G. A.“, in der Schröter'schen Gastwirtschaft hier, wegen eines Mädchens in Streit. Auf dem Nachhausewege lauerte Smieglacz seinen Kollegen Andreas ab und schlug ihn mit einer Zaunlatte blindlings nieder. Als das bedauernswerte Opfer von Straßenpassanten mit zerschlagenem Schädel aufgefunden wurde, war es bereits tot. Die sofort angestellten polizeilichen Ermittelungen hatten Erfolg; der Täter wurde noch in derselben Nacht ergriffen, gestand die verübte Tat unumwunden ein und wurde in das Gerichtsgefängnis in Greiffenberg eingeliefert. — Bei einem Brande im Dorfe **Broniewo** (Hohensalza) hat der Kuhhirt Br. in den Flammen den Tod gefunden.

Aus der Geschäftswelt.

Mohra-Margarine. Die hohen Butterpreise machen sich im Haushalte immer bemerkbarer, so daß jede sparsame Hausfrau es willkommen heißen wird, wenn sie hört, wie erfahrene, praktisch angelegte Hausmütterchen sich zu helfen wissen. Sie gebrauchen „Mohra“-Margarine, die bester Butter bei allen Verwendungszwecken vollkommen gleicht, dabei aber den Vorzug hat, 40 Prozent billiger zu sein, als diese und ihr in Geschmack, Aussehen und Bekömmlichkeit nicht nachsteht. Für tadellose Qualität von „Mohra“ im Karton, die bei allen Kolonialwarenhändlern zu haben ist, garantiert die Firma A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, Altona-Bahrenfeld derart, daß sie auf ihren Kartonpackungen das Datum angibt, bis zu welchem sich die Ware frisch erhält.